DIFIS Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung
vernetzen · forschen · beraten

STUDIE
2026 / 9

Natalie Herdegen, Philipp Kugler, Jana Thole, Alexa Weikinger

Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat: Was ist aus nationalen und internationalen Surveys bekannt? – Ein Data-Review

AUF EINEN BLICK

- Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat werden in deutschen sowie internationalen Umfrageprogrammen wie z. B. der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) oder dem European Social Survey (ESS) sowie von Trendmonitoren wie Polit- oder Eurobarometer erhoben.

- Zu einzelnen sozialpolitischen Bereichen wie Renten- oder Arbeitsmarktpolitik sind die Einstellungen sehr gut erfasst.

- Lücken bestehen insbesondere hinsichtlich der Bewertungen von zentralen Lebenslaufübergängen. Mit Ausnahme des Übergangs in den Ruhestand werden Übergänge nicht von den Erhebungen abgedeckt.

- Meist werden Fragen nach der Einstellung zum Wohlfahrtsstaat nicht konsistent über mehrere Befragungswellen hinweg gestellt, was eine langfristige Datenanalyse erschwert.

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Studie stellt die Ergebnisse eines Data-Reviews zu Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat dar. Dabei wurden sowohl deutsche als auch internationale Befragungsdaten analysiert, um zu ermitteln, in welchem Maße sie die Einstellungen der Bevölkerung zu zentralen Themen wie der Verantwortung des Sozialstaates, den Bereichen, in denen der Staat tätig werden sollte, dem Niveau sozialstaatlicher Leistungen, dem bestehenden Reformbedarf und den Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen abbilden. Während manche Themen wie die staatliche Verantwortlichkeit oder das Niveau sozialstaatlicher Leistungen in vielen Befragungen erhoben werden, finden sich keine systematischen Daten dazu, in welchen Bereichen der Sozialstaat eingreifen soll. In den allermeisten Fällen werden die Fragen nicht konsistent über einen langen Zeitraum gestellt, sodass langfristige Zeitverlauf-, Panel- oder Trendanalysen schwierig bis unmöglich sind.

ABSTRACT

In this study, we review surveys which cover attitudes towards the welfare state. We include both German and international surveys. Our analysis focuses on the population's attitudes towards core topics such as the responsibility of the welfare state, areas and scope of social policy, the need to reform, and conceptions of justice. Some topics, such as governmental responsibility or the scope of social policy, are included in many surveys. There is no consistent database regarding the areas in which the welfare state should intervene. Most surveys do not ask the questions of interest in a timely and consistent manner. This makes panel analyses, analyses over time, or long-term trend analyses hardly possible.

1 Zielsetzung und Hintergrund

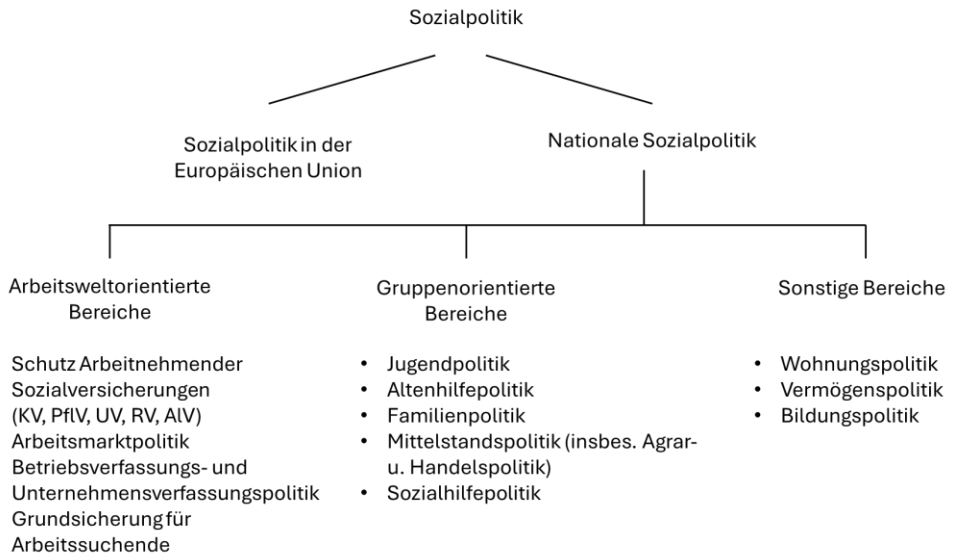
Der deutsche Sozialstaat steht einerseits aktuell vor vielfältigen Herausforderungen, die sich u. a. aus dem technologischen Wandel, dem Wandel der Arbeitswelt, der Globalisierung, dem demografischen Wandel oder der Frage nach der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Sorgearbeit ergeben. Andererseits kommt wohlfahrtsstaatlichen Leistungen bei der sozialen Abfederung dieser Herausforderungen eine zentrale Bedeutung zu. Um handlungsfähig zu bleiben, ist der Wohlfahrtsstaat auf die Akzeptanz der Bevölkerung dringend angewiesen.
Daraus ergeben sich folgende Fragen: Genießt der Wohlfahrtsstaat bei der Bevölkerung insgesamt (noch) eine ausreichende Zustimmung? Welche sozialpolitischen Leistungen befürwortet die Bevölkerung bzw. welchen steht sie kritisch gegenüber? Hinsichtlich der durch die genannten Herausforderungen immer dringender werdenden sozialstaatlichen Reformen stellt sich zudem die Frage, welche Reformen die Bevölkerung unterstützt und welche sie ablehnt. Die Einstellungen der Bevölkerung zum Sozialstaat insgesamt und die Erwartungen an sozialstaatliches Handeln spielen somit eine entscheidende Rolle.
Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen eines Data-Reviews zentrale Dimensionen identifiziert, in denen sich die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats sowie Erwartungen an sozialstaatliches Handeln in der Bevölkerung empirisch abbilden lassen. Dazu zählen einerseits grundlegende Zuständigkeitszuschreibungen und Bewertungen des Leistungsniveaus (Verantwortlichkeit des Staates und Niveau sozialstaatlicher Leistungen), andererseits Indikatoren, die auf sozialstaatliches Handeln in unterschiedlichen Politikbereichen, also Lebenslagen bzw. Altersklassen sowie auf die Unterstützung an zentralen Lebenslaufübergängen (Eintritt in den Arbeitsmarkt, Verbleib im Erwerbsleben, Übergang in den Ruhestand) verweisen.[1] Ergänzend werden Einschätzungen zum Reformbedarf und zu Gerechtigkeitsvorstellungen berücksichtigt. Die Entscheidung darüber, welche sozialpolitischen Bereiche in den Data-Review einbezogen werden, orientiert sich dabei an den von Althammer et al. (2021, S. 142) als wesentlich identifizierten sozialstaatlichen Politikbereichen (siehe Abbildung 1).[2] Im Unterschied zu Althammer et al. (2021) werden die Politikbereiche, die primär auf Unternehmen ausgerichtet sind (Betriebsverfassungs- und Unternehmensverfassungspolitik sowie Mittelstandspolitik), jedoch im Folgenden nicht betrachtet. Die gesetzliche Krankenversicherung ist zwar dem Bereich der Sozialpolitik zuzuordnen, stellt aber nur einen Teil des großen Themenspektrums der Gesundheitspolitik dar. Aus diesem Grund wird das Thema Gesundheit ebenfalls im Folgenden nicht behandelt. Auch bei den für den Data-Review identifizierten relevanten

[1] Einstellungen zu Migration spielen in den meisten Politikbereichen eine Rolle und sind daher ein Querschnittsthema. Aus diesem Grund gibt es im Folgenden keinen gesonderten Abschnitt, der sich mit Einstellungen zu Migration beschäftigt.

[2] Althammer et al. (2021) zufolge ist Umverteilung eine Wirkung staatlicher Sozialpolitik. Deshalb taucht der Begriff nicht in Abbildung 1 auf. Weil Umverteilung in der Literatur, die die im Folgenden dargestellten Umfrageprogramme auswertet, eine wichtige Rolle spielt, wird diesem Thema im Literaturüberblick aber entsprechend Raum gegeben.

sozialstaatlichen Politikbereichen konnten nur diejenigen betrachtet werden, zu denen in den eingeschlossenen Umfrageprogrammen Fragen vorliegen.
Die vorliegende Studie gibt einen Überblick über die zu den genannten Fragen bereits vorliegenden empirischen Daten und die darauf aufbauende Literatur. Insbesondere wird darauf eingegangen, welche Indikatoren zur Einstellung der Bevölkerung in den verschiedenen Bereichen der Sozialpolitik bereits erhoben werden.
Die Studie ist wie folgt gegliedert: Kapitel 2 stellt die Datenbasis vor, die dem Data-Review zugrunde liegt. In Kapitel 3 werden die Ergebnisse des Data-Reviews ausführlich diskutiert.[3] Zusätzlich zu den dargestellten Ergebnissen wurde eine Excel-Tabelle erstellt, in der die Items aufgeführt sind, die zu den relevanten Themenbereichen dieses Berichts von den betrachteten Umfrageprogrammen erhoben wurden. Kapitel 4 enthält eine Zusammenfassung der relevanten Literatur.[4] Zusätzlich wird der Studie eine vollständige und kommentierte Literaturliste beigefügt. Diese Liste umfasst neben den üblichen bibliografischen Angaben auch Informationen zum verwendeten Datensatz, zum Untersuchungszeitraum sowie die zentrale Forschungsfrage der jeweiligen Arbeit.

Abbildung 1



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Althammer et al. (2021, S. 142).

[3] Familien- und Bildungspolitik wird nur vereinzelt in den Umfrageprogrammen behandelt, sodass hier wenige Ergebnisse vorliegen. Diese Ergebnisse werden in einem gemeinsamen Unterkapitel diskutiert.
[4] Zum Themenbereich Pflege enthalten die Umfrageprogramme zwar Fragen, aber es gibt der für diese Studie durchgeführten Recherche zufolge keine gesonderten Auswertungen dieser Fragen. Aus diesem Grund fehlt das Thema Pflege in Kapitel 4.

2 Datengrundlage

In die hier vorgestellte Studie wurden verschiedene Umfrageprogramme anhand der im Folgenden beschriebenen Kriterien eingeschlossen. Die infrage kommenden Erhebungen konnten ausschließlich in Deutschland oder in Deutschland und weiteren Ländern durchgeführt werden. Außerdem konnte sowohl die Gesamtbevölkerung eines Landes als auch eine bestimmte Personengruppe (etwa ältere Menschen) adressiert werden. Zudem sollten die einbezogenen Umfragen eine Bandbreite an Fragen zu sozialpolitischen Themen aufweisen. An diesem Kriterium scheiterten die Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), der Mikrozensus, das Nationale Bildungspanel (NEPS) und die Studie 50+ in Europa (SHARE). Darüber hinaus sollte die Möglichkeit bestehen, anhand der Umfragedaten längerfristige Trends zu beschreiben. Dieses Kriterium führte zum Ausschluss von einmalig durchgeführten oder Ad-hoc-Umfragen. Die hier vorstellte Studie fokussiert die Zeit ab 1990. Umfragen, die ausschließlich vorher durchgeführt worden waren, wurden also ausgeschlossen. Die ausgewählten Studien wurden mit allen verfügbaren Wellen einbezogen, auch wenn diese bereits vor 1990 erhoben worden waren. Um die Beantwortung der Forschungsfragen zu erleichtern, sollten die einbezogenen Umfragen schließlich leicht zugänglich und gut dokumentiert worden sein. Dies führte zum Ausschluss des German Internet Panels (GIP), da die Daten nicht kostenfrei ausgewertet werden können. Die anhand dieser Kriterien zusammengestellte Datenbasis enthält im Ergebnis drei Umfragen, die in Deutschland durchgeführt werden, drei internationale Umfrageprogramme und drei Trendmonitore.

Bei den in Deutschland durchgeführten Umfragen handelt es sich um die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und den Deutschen Alterssurvey (DEAS). Im ALLBUS werden Einstellungen, Verhalten und soziale Veränderungen erfasst. Das SOEP hat zum Ziel, Verhalten, ökonomische Entscheidungen, soziale Veränderungen und den Effekt von Politikmaßnahmen besser zu verstehen. Mit dem DEAS sollen Veränderungen in der Lebenslage älterer Menschen und im Prozess des Alterns dargestellt werden. Der ALLBUS umfasst die erwachsene Wohnbevölkerung Deutschlands und ist als Querschnittserhebung konzipiert.[5] Im SOEP werden Personen in Privathaushalten befragt, es handelt sich um eine Panelerhebung. Der DEAS ist ebenfalls eine Panelerhebung, die sich allerdings ausschließlich an Personen in Privathaushalten richtet, die 40 Jahre alt und älter sind.

Bei den einbezogenen Umfragen, die in mehreren Ländern durchgeführt werden, handelt es sich um den European Social Survey (ESS), das International Social Survey Programme (ISSP) und die Integrated Values Surveys (IVS), die sich aus dem World Values Survey (WVS) und der European Values Study (EVS)[6] zusammensetzen. Das ESS misst

[5] Die Daten können in kumulierter Form bezogen werden, was die Auswertung langfristiger Trends erheblich vereinfacht.

[6] Da die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nicht zur Datengrundlage für diese Studie zählt, bezeichnet die Abkürzung EVS im Folgenden immer die European Values Study.

Einstellungen, Überzeugungen, Lebensumstände und die soziale Struktur eines Landes. Im ISSP werden Veränderungen in Einstellungen, im Verhalten und in Lebensumständen erhoben. Die IVS stellen eine Erhebung von Werten, Einstellungen, Präferenzen, Überzeugungen und Meinungen dar. Sowohl im ESS als auch im ISSP liegen in regelmäßigen Abständen wiederholte Themenmodule vor, die sich mit wesentlichen Aspekten des Wohlfahrtsstaates auseinandersetzen. Im ESS ist dies das Modul zu Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat, im ISSP sind es die Module zur Rolle des Staates oder zur sozialen Ungleichheit. Alle drei Umfragen sind als Querschnittserhebungen konzipiert. Der ESS erfasst die Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren, das ISSP die Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren und die IVS die Bevölkerung ab 18 Jahren in Privathaushalten. Der ESS wird in den Ländern der EU-27 sowie im Vereinigten Königreich erhoben, darüber hinaus in der Schweiz, Norwegen, Island, Israel, einigen Balkanländern, der Ukraine und Russland. Das ISSP umfasst die Länder der EU-27 (mit wenigen Ausnahmen) sowie das Vereinigte Königreich, die Schweiz, Norwegen, Island, Israel, die Ukraine, Russland und Georgien, Kanada, die USA sowie verschiedene Länder in Mittel- und Südamerika und schließlich Australien, Neuseeland und vereinzelte asiatische Länder. Die IVS haben die größte Reichweite und umfassen Länder auf allen Kontinenten.

Schließlich wurden in die Studie auch das Politbarometer, der DeutschlandTrend und das Eurobarometer einbezogen. Im Politbarometer und im DeutschlandTrend werden Einstellungen zu politischen Parteien, aktuellen Politikmaßnahmen, aktuellen gesellschaftlichen Themen sowie zu im politischen Bereich tätigen Personen erhoben. Mit dem Eurobarometer werden Meinungen zur Europäischen Union, zu Politikmaßnahmen und zur Sozialpolitik erfasst. Sowohl das Politbarometer als auch der DeutschlandTrend umfassen die deutsche Wahlbevölkerung und sind Querschnittserhebungen. Das Eurobarometer stellt ebenfalls eine Querschnittserhebung dar, die unter der Bevölkerung ab einem Alter von 15 Jahren durchgeführt wird. Das Eurobarometer wird in den Ländern der EU-27 sowie im Vereinigten Königreich, in den Kandidatenländern außer der Ukraine, in Norwegen, Island und der Schweiz sowie in Nordzypern durchgeführt. Im Anhang zu diesem Bericht wird jede der einbezogenen Erhebungen außerdem anhand eines kurzen Steckbriefs vorgestellt.

3 Ergebnisse aus den Umfragen

3.1. VERANTWORTUNGSZUSCHREIBUNG

In allen hier einbezogenen Erhebungen werden Fragen zur Verantwortlichkeit des Staates gestellt. Dabei wird meistens die Einschätzung zur Verantwortung des Staates in bestimmten Politikbereichen erhoben. Weitere Themen sind die staatliche Verantwortung für soziale Sicherung insgesamt, für Umverteilung und für den sozialen Zusammenhalt. Vereinzelt werden auch Fragen nach der Relevanz sozialpolitischer Themen und nach der Priorisierung sozialpolitischer Leistungen gestellt. Im ESS sowie im Eurobarometer gibt es in diesem Themenbereich Fragen dazu, welche Rolle europäischen Institutionen zukommen sollte. Hierbei geht es insbesondere darum, auf welcher Ebene (europäischer, nationaler oder regionaler) Sozialpolitik angesiedelt sein sollte und ob Sozialpolitik großzügiger ausgestaltet wäre oder nicht, wenn sie auf europäischer Ebene angesiedelt wäre.

3.2. STAATLICHE VERANTWORTUNG IN BESTIMMTEN POLITIKBEREICHEN

RENTENPOLITIK

Der Bereich, der von den meisten der hier betrachteten Erhebungen adressiert wird, ist die Rentenpolitik. In allen Umfragen außer in ALLBUS und ESS werden zu diesem sozialpolitischen Bereich Fragen gestellt.
Ein Themenbereich, der dabei beleuchtet wird, ist der Lebensstandard im Alter. Dabei geht es um Fragen der Angemessenheit des Rentenniveaus und darum, wie Rentenzahlungen indexiert sein sollten (Lohn- oder Preisindexierung). Außerdem werden Fragen zur Grundrente bzw. zu einer Basissicherung im Alter gestellt. Ebenfalls wird erhoben, wer Anspruch auf eine Altersrente haben sollte und ob beispielsweise Zeiten der Kindererziehung oder der unentgeltlichen Pflege angerechnet werden sollten.
Eng verbunden mit der Frage nach einem angemessenen Rentenniveau ist die nach der fiskalischen Nachhaltigkeit und der finanziellen Tragbarkeit des Rentensystems für jüngere Generationen.
Außerdem gibt es verschiedentlich Fragen zum Renteneintrittsalter, wie hoch es beispielsweise sein sollte und ob es Ausnahmen von einem steigenden Rentenalter für bestimmte Personengruppen geben sollte.
Insbesondere im Zuge der Rentenreformen zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurden Fragen dazu gestellt, welche Rolle die private Altersvorsorge spielen sollte und ob sie verpflichtend sein sollte.

Zur Erwerbstätigkeit im Rentenalter werden verschiedentlich Fragen gestellt, insbesondere im DEAS. Hier wird umfassend erhoben, in welchem Ausmaß und aus welchen Gründen Personen neben dem Rentenbezug erwerbstätig sind. In diesem Zusammenhang wird auch das Thema Altersdiskriminierung adressiert. Es wird erhoben, ob es ältere Beschäftigte bei Arbeitslosigkeit aufgrund ihres Alters schwerer hätten, eine neue Stelle zu finden.
Schließlich werden auch vereinzelt intergenerationale Beziehungen und die Verantwortlichkeit älterer Generationen adressiert.

ARBEITSMARKTPOLITIK UND GRUNDSICHERUNG

Ein weiterer Bereich, zu dem sich in vielen der hier einbezogenen Erhebungen Fragen finden lassen, ist die Arbeitsmarktpolitik. In diesem Themenfeld wird beispielsweise erhoben, ob der Staat grundsätzlich dafür verantwortlich sein sollte, Arbeitsstellen zu schaffen, oder ob das eher der Privatwirtschaft überlassen werden sollte. Dazu, wie Leistungen bei Arbeitslosigkeit ausgestaltet sein sollten und ob investive Leistungen (etwa für Weiterbildung) ein stärkeres Gewicht neben rein kompensatorischen Leistungen haben sollten, gibt es verschiedene Fragen. Auch zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik werden vereinzelt Fragen gestellt und dazu, ob Arbeitslose verpflichtet sein sollten, jede Arbeit anzunehmen.
Mit den Hartzreformen Anfang des 21. Jahrhunderts wurde die Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit grundlegend umgestaltet. Zu den Reformen finden sich detaillierte Fragen, insbesondere in den Trendmonitoren. Es wird beispielsweise erhoben, ob die Reformen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beigetragen hätten, ob das dadurch neu geschaffene Sicherungssystem besser oder schlechter sei als das vorherige, ob die Grundsicherungsleistungen angemessen seien oder welche Rolle Sanktionen spielen sollten.
Eine ebenfalls weitreichende Reform im Bereich der Arbeitsmarktpolitik fand 2015 mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns statt. In diesem Zusammenhang finden sich ebenfalls einige Fragen, etwa dazu, ob es überhaupt einen einheitlichen Mindestlohn geben sollte oder ob niedrige Löhne stattdessen aufgestockt werden sollten, ob der Mindestlohn nur für bestimmte Branchen gelten sollte, ob es Ausnahmen vom Mindestlohn geben sollte, wer über die Höhe des Mindestlohns bestimmen sollte, ob die Höhe angemessen sei und ob ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn Arbeitsplätze gefährde.
Außerdem wird vereinzelt erhoben, wie Migration den Arbeitsmarkt beeinflusst und ob Zugewanderte eher in Konkurrenz zur einheimischen Bevölkerung stehen oder ob Migration wegen des Fachkräftemangels unerlässlich ist.

FAMILIEN- UND BILDUNGSPOLITIK

Im Bereich der Familien- und Bildungspolitik werden deutlich weniger Fragen gestellt als zu Renten- und Arbeitsmarktpolitik. Themen, die häufig adressiert werden, sind Geschlechterstereotype, Rollenverteilungen und die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben. Außerdem gibt es verschiedene Fragen zur Rolle des Staates bei der Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen. Zu Geldleistungen für Kinder, deren Höhe und ob sie einkommensabhängig gezahlt werden sollten oder nicht, werden ebenfalls vereinzelt Fragen gestellt. Außerdem wird erhoben, wie Familien der Ansicht der Befragten nach am besten unterstützt werden könnten, durch steuerliche Vergünstigungen, die Bereitstellung von Kinderbetreuung oder Geldleistungen.
Das Eurobarometer widmet sich den Problemen für Jugendliche und adressiert in diesem Zusammenhang Themen wie Rassismus und Diskriminierung, Wohnen, Arbeitsstellensuche und eine gute Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt.
Im Bereich der Bildungspolitik werden sehr selten Fragen gestellt und diese sind zum Teil spezifisch auf die Situation in Deutschland bezogen. So wird gefragt, ob die

Gymnasialschulzeit acht oder neun Jahre betragen sollte. Außerdem wird erhoben, ob Personen, die sich eine Hochschulausbildung nicht leisten könnten, staatliche Unterstützung bekommen sollten.

WOHNUNGSPOLITIK

Ein Politikbereich, der selten, allerdings in der jüngeren Vergangenheit öfter vorkommt, ist die Wohnungspolitik. Es wird beispielsweise gefragt, ob der Staat in diesem Bereich tätig werden sollte, etwa durch eine Begrenzung der Mieten. Auch wird erhoben, ob es staatliche Hilfe geben sollte, um gestiegenen Wohnkosten zu begegnen, wie hoch sie sein sollten und wer davon profitieren sollte. Außerdem wird die Frage adressiert, ob der Staat mehr tun sollte, um bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Vereinzelt wird die Ansicht der Befragten zu Diskriminierung, etwa von Minderheiten auf dem Wohnungsmarkt, erhoben. Außerdem wird erfasst, ob es staatliche Unterstützung für einen altersgerechten Umbau von Wohnungen geben sollte, sodass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrem Zuhause bleiben können. Schließlich werden in manchen Erhebungen Fragen dazu gestellt, als wie drängend das Problem der Wohnungslosigkeit angesehen wird und was geeignete Mittel dagegen sein könnten.

PFLEGEPOLITIK

In wenigen Erhebungen werden Fragen zur Pflegeversicherung und zu sozialpolitischen Leistungen im Bereich der Langzeitpflege gestellt. Dabei wird zum einen erhoben, wie eine Pflegeversicherung nach Ansicht der Befragten ausgestaltet sein sollte, ob sie staatlich oder privat organisiert sein sollte, ob die Beiträge freiwillig oder verpflichtend sein sollten oder ob eine Steuerfinanzierung geeigneter sei. Neben Fragen zur Höhe der Beiträge und Leistungen werden zum Teil auch Fragen zur Qualität der Pflege gestellt und dazu, wie Gewalt gegen die gepflegten Personen oder deren Missbrauch verhindert werden könnte. Schließlich wird erhoben, welche Maßnahmen der Staat ergreifen könnte, um Personen zu unterstützen, die unentgeltlich pflegen, etwa durch die Möglichkeit eines unbezahlten Urlaubs von bis zu einem halben Jahr.

QUALITÄT VON ÜBERGÄNGEN IM LEBENSLAUF

Neben einzelnen sozialpolitischen Bereichen wie Renten-, Arbeitsmarkt- oder Familienpolitik stellen zentrale Übergänge im Lebensverlauf wichtige Zeitpunkte dar, an denen der Staat sozialpolitisch besonders häufig eingreift, da es sich um risikoreiche biografische Phasen handelt. In den einbezogenen Datenerhebungen werden lediglich drei Übergänge adressiert: der vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt, der der Familiengründung und der vom Arbeitsmarkt in den Ruhestand. Beim Übergang ins Erwerbsleben wird hauptsächlich erfasst, wie die Befragten die Chance junger Menschen einschätzen, eine gute Arbeitsstelle zu finden, und ob es für alle gleichermaßen die Möglichkeit gibt, Bildung zu erlangen. Die Fragen zur Familiengründung beschäftigen sich mit der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben und der staatlichen Rolle bei der Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten.
Der Übergang, der am besten abgebildet wird, ist der vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Hier werden Fragen zu verschiedenen Themenfeldern gestellt, die oben unter 3.2. bereits beschrieben wurden.

3.3. NIVEAU SOZIALSTAATLICHER LEISTUNGEN

Im Bereich der Ausgestaltung sozialstaatlicher Leistungen werden Fragen zu verschiedenen Themen gestellt. Neben der Frage danach, welche Höhe für Leistungen nach Ansicht der Befragten angemessen ist und wie die nachhaltige Finanzierbarkeit sozialstaatlicher Leistungen sichergestellt werden kann, wird häufig die Einstellung dazu erhoben, ob eher Leistungen ausgeweitet und dafür Steuern erhöht oder eher Steuern gesenkt und dafür Leistungen gekürzt werden sollten. Verschiedentlich wird auch erfasst, welche Auswirkung Leistungsausweitungen auf die Leistungs- oder Hilfsbereitschaft der Bevölkerung haben. Wenn es darum geht, wer berechtigt sein sollte, sozialstaatliche Leistungen zu beziehen, geht es häufig darum, ob zugewanderte Personen die gleichen Ansprüche haben sollten wie Einheimische und ob eingewanderte Personen mehr oder weniger zum sozialen Sicherungssystem beitragen, als sie durch Leistungen bekommen.
Vereinzelt adressieren Fragen in diesem Themenbereich die grundsätzliche Ausrichtung der Sozialpolitik, in welchen Bereichen Prioritäten gesetzt werden sollten und welche Trade-offs es gibt.

3.4. REFORMEN SOZIALSTAATLICHER LEISTUNGEN

Fragen dazu, in welchen Bereichen sozialstaatlicher Leistungen Reformbedarf gesehen wird, werden nur vereinzelt gestellt und finden sich überwiegend in Meinungsbarometern mit aktuellem Themenbezug. Dabei geht es häufig um spezifische Leistungen wie etwa im Bereich der Renten- oder Arbeitsmarktpolitik, der Grundsicherung oder der Armutsminderung. Oft wird auch erhoben, ob die in dem betreffenden Bereich bereits erfolgten Reformen nach Ansicht der Befragten angemessen, zu weitgehend oder nicht weitgehend genug sind. Darüber hinaus wird auch erhoben, welche Bereiche den Befragten zufolge priorisiert werden sollten oder ob die Befragten der Ansicht sind, der gesamte Sozialstaat sollte grundsätzlich reformiert werden.

3.5. GERECHTIGKEITSVORSTELLUNGEN

Den bisher dargestellten Fragen zu Einstellungen gegenüber sozialstaatlichen Leistungen liegen Gerechtigkeitsvorstellungen zugrunde. Diese werden in allen hier betrachteten Erhebungen adressiert. Häufig wird erhoben, wie die Befragten zu den verschiedenen Prinzipien sozialer Gerechtigkeit stehen. Außerdem werden oft Ansichten zur Verteilungsgerechtigkeit erfasst. Darüber hinaus wird gefragt, welche Rolle die eigene Leistung einer Person für den Erhalt sozialstaatlicher Leistungen spielen sollte. Vereinzelt werden auch die Einstellungen zu intergenerativer Gerechtigkeit oder zu Chancengleichheit erfasst.

4 Literaturüberblick

Im Folgenden wird ein Überblick über die Literatur gegeben, die auf den im vorherigen Kapitel beschriebenen Umfrageprogrammen aufbaut.[7] Die Literatur lässt sich in zwei große Themenbereiche gliedern: Ungleichheit und Umverteilung (siehe Kapitel 4.1) und Einstellungen zu sozialpolitischen Leistungen (siehe Kapitel 4.2). Hinsichtlich der Einstellungen zu Ungleichheit und Umverteilung beschäftigt sich die Literatur hauptsächlich mit Einflussfaktoren auf diese Einstellungen. Die Literatur zu Einstellungen zu sozialpolitischen Leistungen lässt sich – ähnlich wie die Analyse der Umfrageprogramme im vorherigen Kapitel – in verschiedene Themenbereiche gliedern: Neben Einstellungen zu konkreten Politikbereichen wie Grundsicherung, Arbeitsmarkt-, Renten- oder Familienpolitik befasst sich ein Großteil der Literatur mit Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat allgemein. Daneben werden auch übergreifende Themen wie Wohlfahrtschauvinismus in der Literatur behandelt.

4.1. UNGLEICHHEIT UND UMVERTEILUNG

WAHRNEHMUNG VON UNGLEICHHEIT

Ein erster Schwerpunkt der Literatur liegt auf der Wahrnehmung von Ungleichheit. Delhey et al. (2024) zeigen auf Basis der ALLBUS-Daten, dass die Gesellschaft in Deutschland insgesamt eher als ungleich wahrgenommen wird. Laut Sachweh und Sthamer (2019, ebenfalls ALLBUS) ist die Ungleichheitswahrnehmung in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren gestiegen. Ungleichheit wird von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich wahrgenommen. Ein niedriger sozioökonomischer Status geht dabei mit einer stärker wahrgenommenen Ungleichheit einher (Haddon und Wu 2022; Hajdu 2024; Knell und Stix 2020 auf Basis der ISSP-Daten; Schöb 2019 anhand der ALLBUS-Daten). In niedrigeren sozialen Lagen wird die eigene Position deutlich als benachteiligt empfunden und Armut eher auf gesellschaftlich-strukturelle Ursachen zurückgeführt, während Personen in höheren Lagen Armut häufiger auf individuelles Fehlverhalten oder mangelnde Leistung zurückführen (Adriaans et al. 2021 auf Basis des SOEP).
Hüther und Niehues (2021 auf Basis der ALLBUS-Daten) machen eine Diskrepanz zwischen realen Verteilungsdaten und subjektiven Wahrnehmungen aus, die das Vertrauen in die Demokratie schwächt.

[7] Wenn nicht anders angegeben, beziehen Arbeiten, die international erhobene Umfrageprogramme auswerten, eine Vielzahl an Ländern in ihre Analyse ein.

EINSTELLUNGEN GEGENÜBER UNGLEICHHEIT

Ein weiterer Schwerpunkt in der Literatur widmet sich der Frage, wie die Bevölkerung gegenüber Ungleichheit eingestellt ist und wodurch diese Einstellungen beeinflusst werden. In den meisten OECD-Ländern ist die Sorge über Einkommensungleichheit langfristig gestiegen. Eine große Mehrheit hält die Einkommensunterschiede für zu groß und die soziale Aufstiegsmobilität für gering (OECD 2021 auf Basis der Eurobarometer-Daten). Zwischen den frühen 1990er- und den frühen 2000er-Jahren ist auch die Unterstützung für mehr Einkommensgleichheit gestiegen (Kitsnik 2020 auf Basis der EVS-Daten). Die deutsche Bevölkerung bewertet mehrheitlich niedrige und mittlere Löhne als zu gering, während hohe Einkommen seltener als ungerecht gelten (Adriaans und Liebig 2018 auf Basis des SOEP). Ein höherer sozialer Status, hohe Finanzvermögen (auf individueller Ebene) und eine hohe tatsächliche Einkommensungleichheit (auf nationaler Ebene) gehen mit einer höheren (individuellen) Toleranz gegenüber Einkommensungleichheit einher (Roex et al. 2019; Schröder 2017; Steele 2021 auf Basis der ISSP-Daten).

Vorstellungen über Ursachen von Armut (individuelles Schicksal oder Verschulden, gesellschaftliche Rahmenbedingungen als Schicksal oder als Verschulden), hängen deutlich damit zusammen, wie stark Ungleichheit als Problem wahrgenommen wird (Marquis und Rosset 2021 auf Basis von Eurobarometer-Daten). Lohnunterschiede werden als gerecht angesehen, wenn sie auf individuellen Faktoren (Bildung und Berufserfahrung) beruhen, Lohnunterschiede aufgrund betrieblicher (atypische Beschäftigung, Senioritätsentlohnung) und struktureller Faktoren (Berufsgruppen, Branchen und Region) werden als ungerecht wahrgenommen (Sauer et al. 2016 auf Basis des SOEP). Allgemeines politisches Faktenwissen hat keinen moderierenden Effekt auf den Zusammenhang von sozialer Lage und Einstellungen gegenüber Ungleichheit (Moosdorf 2020 auf Basis der ALLBUS-Daten). Müller und Renes (2021 auf Basis des German Internet Panels, GIP) zufolge sind egalitaristische Verteilungsideale in der deutschen Bevölkerung verbreiteter als Effizienz- oder Maximin-Orientierungen, wobei Frauen und Linksorientierte zu Egalitarismus tendieren und Männer und Rechtsorientierte eher zu Effizienz neigen. Kerschbamer und Müller (2020 auf Basis der GIP-Daten) identifizieren Verteilungspräferenzen als zentralen Erklärungsfaktor politischer Einstellungen zu Steuern, Sozialversicherung, Renten und Migration.

Große Krisen verändern Einstellungen: Finanzkrisen erhöhen v. a. in liberalen Wohlfahrtsstaaten (z. B. USA) die Zustimmung zu Einkommensgleichheit, in sozialdemokratischen Staaten (z. B. Dänemark) dagegen nur wenig. Ein starker Anstieg von Zuwanderung (Flüchtlingskrise) verschiebt die Einstellungen zur Verteilung vor allem in den Ländern, die viele Geflüchtete aufnehmen – dort werden Haltungen zur Einkommensgleichheit stärker hinterfragt (Isaksen und Jakobsen 2024 auf Basis der EVS-Daten). Gáspár et al. (2024, auf Basis von ISSP-Daten) zufolge ähnelt die Einstellung gegenüber internationaler Ungleichheit derjenigen gegenüber Ungleichheit im eigenen Land. Als entscheidende Faktoren werden wahrgenommene Ungleichheit, gewünschtes Ungleichheitsniveau und der subjektive Status identifiziert.

EINSTELLUNGEN ZU UMVERTEILUNG

In der Literatur finden sich viele Studien dazu, wie die Bevölkerung gegenüber Umverteilung eingestellt ist. Einige Studien widmen sich der Entwicklung dieser Einstellungen im Zeitablauf und der Frage, wie die Einstellungen mit soziodemografischen Merkmalen zusammenhängen. Eine große Anzahl an Studien betrachtet, welche Faktoren die Unterstützung für Umverteilungsmaßnahmen erhöhen oder senken. Vereinzelt widmen sich Studien auch Mediatoren, die den Zusammenhang zwischen bestimmten Faktoren und der Haltung gegenüber Umverteilung beeinflussen.

Bozzano und Scabrosetti (2024) beobachten anhand der ESS-Daten, dass die durchschnittliche Unterstützung für Umverteilung seit Beginn der 2000er-Jahre gestiegen ist und dass der Unterschied zwischen jüngeren und älteren Generationen in der Unterstützung für Umverteilung größer geworden ist. Sie finden auch deutliche Unterschiede je nach Bildung, Einkommen und Erwerbsstatus sowie, dass Frauen Umverteilung stärker befürworten als Männer. Niehues (2019) beobachtet auf Basis der ALLBUS-Daten ebenfalls einen Anstieg der Umverteilungspräferenz. Kudrnáč und Petrúšek (2022) beobachten in den ESS-Daten eine relative Stabilität der Zustimmung zu Umverteilung in postkommunistischen Ländern seit Beginn der 2000er-Jahre. VanHeuvelen und Copas (2018) nutzen ebenfalls ESS-Daten für eine kohortenbezogene Betrachtung und zeigen, dass sich dadurch in vielen Ländern eine stark sinkende Unterstützung für Umverteilung beobachten lässt.

Was das persönliche Einkommen bzw. die Einkommensentwicklung angeht, so gibt es Burgoon et al. (2023, unter Verwendung von ESS-Daten) zufolge einen positiven Zusammenhang zwischen unterdurchschnittlicher persönlicher Einkommensentwicklung und Unterstützung von Umverteilung. Weisstanner (2023, auf Basis der ISSP-Daten) findet hingegen einen negativen Zusammenhang und zeigt, dass lediglich eine relative Einkommensstagnation eher mit einer höheren Nachfrage nach Umverteilung einhergeht. Pastor Mayo (2025, auf Basis der EVS-Daten) zufolge orientieren sich die Umverteilungspräferenzen ärmerer Menschen vorwiegend an absoluten Gewinnen, die reicherer Menschen hingegen an relativen Verlusten. Jaime-Castillo und Marqués-Perales (2018) stellen basierend auf Daten des ESS fest, dass soziale Mobilität tendenziell zur Angleichung der Umverteilungseinstellungen an die Zielklasse führt. Der Zusammenhang zwischen sozialer Klasse und Umverteilungspräferenzen wird in der Literatur ebenfalls verschiedentlich dargestellt (Paskov und Weisstanner 2021 auf Basis der ESS-Daten; Carriero 2016 und Donnelly 2021 unter Verwendung der EVS-Daten). Schließlich zeigen Hoorn (2021) sowie Thewissen und Rueda (2017) anhand der ESS-Daten, dass Personen, deren Beruf stärker einem Automatisierungsrisiko ausgesetzt sind, stärkere Präferenzen für Umverteilung aufweisen.

Gioacchino und Verashchagina (2020) zeigen auf Basis der ESS-Daten, dass Umverteilungspräferenzen von Gerechtigkeitsvorstellungen bestimmt werden (neben Eigeninteresse). Alcañiz-Colomer et al. (2023, ebenfalls auf Basis der ESS-Daten) zufolge erhöht eine Orientierung am Gleichheits- oder Bedarfsprinzip die Unterstützung von Umverteilung. Choi (2021) zeigt auf Basis der ISSP-Daten, dass Ungleichheitsnormen bei der Präferenzbildung eine wichtigere Rolle spielen als die Wahrnehmung der tatsächlichen Ungleichheit. Langsæther und Evans (2020) zufolge lassen sich auf Basis der EVS-Daten umverteilungskritische Einstellungen Selbstständiger durch deren Autonomieorientierung erklären. Schnabel (2017) stellt ebenfalls anhand der EVS-Daten fest, dass sowohl individuelle Religiosität als auch die in einer Gesellschaft mehrheitlich vorhandenen religiösen Überzeugungen nach wie vor einen positiven Effekt auf die Akzeptanz von Umverteilung haben. Der Zusammenhang zwischen politischer Ideologie und Umverteilungspräferenzen wird ebenfalls in der Literatur verschiedentlich dargestellt (Armingeon und Weisstanner 2021 auf Basis der ESS-Daten; Bussolo et al. 2021 sowie Noureddine und Gravelle (2020) auf Basis der ISSP-Daten).

In der Literatur wird auf Grundlage verschiedener Datensätze ein positiver Zusammenhang zwischen steigender Ungleichheit und der Nachfrage nach Umverteilung gezeigt (Velev und Schmidt-Catran 2024 auf Basis der ESS-Daten; Hillen und Steiner 2025 auf Basis der ISSP-Daten). Der Zusammenhang ist allerdings für wahrgenommene Ungleichheit stärker als für objektive (Bussolo et al. 2021; García-Castro et al. 2022; Choi 2019 auf Basis der ISSP-Daten). García-Sánchez et al. (2020) zeigen ebenfalls auf Basis der ISSP-Daten, dass der Zusammenhang zwischen Ungleichheitswahrnehmung und Unterstützung von Umverteilung deutlich schwächer ist, wenn die Ungleichheit als gerechtfertigt angesehen wird (etwa durch

meritokratische Überzeugungen). Ahrens (2020) kommt auf Basis der ESS-Daten ebenfalls zu dem Schluss, dass Ungleichheit, die als unfair empfunden wird, die Zustimmung zu Umverteilung treibt. Fehr et al. (2024) zufolge zeigt sich auf Basis des GIP etwa, dass elterlicher Einfluss als legitime Ursache für Ungleichheit akzeptiert wird.
Einen negativen Zusammenhang zwischen dem Anteil Zugewanderter und der Unterstützung für Umverteilungsmaßnahmen stellen Naumann und Stoetzer (2018, auf Basis des GIP) sowie Alesina et al. (2021, unter Verwendung der ESS-Daten) fest. Jeannet (2024) zeigt ebenfalls basierend auf ESS-Daten, dass der Zusammenhang für unterschiedliche Gruppen Zugewanderter verschieden ist und von der Großzügigkeit des Wohlfahrtsstaates abhängt.
Vereinzelt behandelt die Literatur den Zusammenhang zwischen Umverteilungspräferenzen und weiteren wirtschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Faktoren. So stellen etwa Schöneck und Mau (2015) auf Basis der ESS-Daten fest, dass in stärker globalisierten Ländern die allgemeine Unterstützung für staatliche Umverteilung tendenziell geringer ist. Gonthier (2016) kommt anhand derselben Datenbasis zu dem Schluss, dass sich während der Finanz- und Wirtschaftskrise die Unterstützung für Einkommensumverteilung in Europa über Einkommens-, Bildungs- und ideologische Gruppen hinweg weitgehend parallel entwickelte. Neimanns (2021) nutzt ebenfalls ESS-Daten und zeigt, dass die Unterstützung für Umverteilung in Ländern geringer ist, in denen die Medienbesitzstrukturen stärker konzentriert sind. VanHeuvelen (2017) zeigt unter Verwendung der ISSP-Daten, dass die Unterstützung für Umverteilung in der Bevölkerung umso höher ist, je stärker ein Staat Ungleichheit durch Steuern und Transfers reduziert, während ein höheres wirtschaftliches Entwicklungsniveau die Unterstützung dämpft. Andreoli und Olivera (2020, auf Basis von ESS-Daten) zufolge sind Umverteilungspräferenzen dann stärker, wenn das Steuer-Transfer-System als großzügig erlebt wird (wenn also nach Steuern und Abgaben positive Transfers übrig bleiben). Bozzano et al. (2024) stellen schließlich auf Basis der ESS-Daten fest, dass in stärker geschlechteregalitären Ländern Geschlechterunterschiede in Umverteilungspräferenzen größer und Frauen dort deutlich umverteilungsfreundlicher sind, während sich die Einstellungen von Männern kaum ändern.
Vereinzelt werden in der Literatur Mediatoren der oben dargestellten Zusammenhänge identifiziert. So zeigen Gioacchino und Verashchagina (2020) auf Basis der ESS-Daten, dass Massenmedien Einstellungen zur Umverteilung beeinflussen, indem sie Wertehaltungen prägen oder verschieben. Jordan (2017, ebenfalls ESS-Daten) zufolge besteht der Zusammenhang zwischen Einkommen und Umverteilungspräferenzen nur bei Personen, die politisch informiert sind. Ahrens (2024) zeigt anhand der ISSP-Daten, dass die Regierungsqualität den Einfluss von Einkommen und wahrgenommener Unfairness auf Umverteilungspräferenzen moderiert: Beide Faktoren hängen in Ländern mit hoher Regierungsqualität deutlich stärker mit der Unterstützung von Umverteilung zusammen.

AUSWIRKUNGEN ERLEBTER UNGLEICHHEIT

Verschiedentlich wird in der Literatur betrachtet, wie sich erlebte Ungleichheit auswirkt. Roth und Wohlfart (2018) zeigen etwa anhand der ALLBUS-Daten, dass Personen, die im Laufe ihres Lebens höhere Ungleichheit erlebt haben, bei gleichen Einkommen, Lebenslagen und Konjunkturbedingungen eher weniger Umverteilung befürworten, seltener linke Parteien unterstützen und die Einkommensverteilung seltener als unfair empfinden. Diese Effekte wirken vor allem über veränderte Gerechtigkeitsvorstellungen. García-Castro et al. (2022) zeigen ebenfalls, allerdings unter Verwendung der ISSP-Daten, dass erlebte Aufstiege negativ mit der Unterstützung von Umverteilung zusammenhängen. Adriaans und Liebig (2018) beobachten anhand des SOEP, dass erlebte Ungerechtigkeit im oberen Einkommensbereich mit einer Verringerung der eigenen Arbeitsanstrengung einhergeht, während empfundene Ungerechtigkeit am unteren Ende eher mit einem Rückzug aus dem

demokratischen Meinungsbildungsprozess verbunden ist. Capistrano et al. (2024) analysieren ESS-Daten und zeigen, dass Personen, denen ein Bildungsaufstieg gelungen ist, im Durchschnitt stärker das Gleichheitsprinzip unterstützen als Personen, deren Bildungsstatus im Vergleich zur vorherigen Generation gleichgeblieben oder gesunken ist. Je größer der Bildungsabstand zu den Eltern ist, desto ausgeprägter ist die Zustimmung zum Gleichheitsprinzip.

4.2. EINSTELLUNGEN ZU SOZIALPOLITISCHEN LEISTUNGEN

EINSTELLUNGEN ZUM WOHLFAHRTSSTAAT ALLGEMEIN

In der deutschen Bevölkerung ist die Zustimmung zur sozialen Absicherung groß (Fuchs und Roller 2018 auf Basis von ALLBUS-Daten). Neben der allgemein geteilten Forderung nach Bewahrung vor existenziellen Notlagen finden sich auch Forderungen nach Statussicherung bis weit in die Mittelschicht hinein (Diermeier und Niehues 2023 ebenfalls anhand von ALLBUS-Daten). Papuchon (2020) stellt auf Basis der ISSP-Daten fest, dass die Unterstützung für sozialstaatliche Interventionen unter jungen Erwachsenen wächst und dass Altersunterschiede in der Unterstützung in liberalen Wohlfahrtsstaaten zu- und in konservativen Wohlfahrtsstaaten abnehmen. Hadler et al. (2019) beobachten ebenfalls auf Basis der ISSP-Daten eine im Zeitablauf weitgehend stabile Einstellung zur Verantwortung des Staates. Hingegen machen Niehues (2024) auf Basis der ALLBUS-Daten sowie Gonthier (2015) anhand der EVS-Daten eine wachsende Verantwortungszuweisung zwischen 2014 und 2021 (Niehues 2024) bzw. 1990 und 2008 (Gonthier 2015) an den Sozialstaat aus.

Neben der allgemein hohen Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat sind Unterschiede im Hinblick auf verschiedene wohlfahrtsstaatliche Bereiche in der Literatur gut dokumentiert. Roller (2016) macht auf Basis der ALLBUS-Daten eine hohe Zustimmung zur Rentenpolitik aus, eine sinkende Zustimmung zur Arbeitsmarktpolitik sowie eine steigende Zustimmung zum Abbau von Einkommensunterschieden. Eine hohe Unterstützung im Bereich Alter sowie eine niedrigere Unterstützung von Maßnahmen bei Armut oder Arbeitslosigkeit findet auch die European Commission (2020) auf Basis der ISSP-Daten. Eick (2023, basierend auf ISSP-Daten) zufolge gewinnen investive Maßnahmen (etwa in Bildung) an Zustimmung, während kompensatorische Leistungen wie Arbeitslosenunterstützung eher an Rückhalt verlieren und stärker an Bedingungen (Eigenanstrengung, Aktivierung) geknüpft werden. Laenen (2020) stellt ebenfalls anhand der ISSP-Daten heraus, dass die Hierarchisierung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen kontextabhängig ist und von vielen Menschen nicht vorgenommen wird. Deservingness-Kriterien wie Kontrolle, Gegenseitigkeit und Bedürftigkeit strukturieren die Zustimmung zu Großzügigkeit und zu Auflagen insbesondere im Bereich der Arbeitslosenpolitik. Ebbinghaus et al. (2022) beobachten anhand der GIP-Daten nach Ausbruch der Pandemie einen kurzfristigen Anstieg in der Unterstützung für Arbeitslosen- und Familienpolitik, aber keinen dauerhaften Einstellungswandel. Riekhoff (2020) stellt auf Basis der ESS-Daten fest, dass in Ländern, die das Rentenalter angehoben oder private Renten eingeführt haben, die Unterstützung für wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen zugunsten älterer Menschen deutlich stärker zurückgegangen ist als in Ländern ohne solche Reformen. Naumann (2018) zeigt basierend auf den GIP-Daten, dass die Unterstützung für höhere Ausgaben bei Arbeitslosenleistungen und für Umverteilung, nicht aber für Mehrausgaben bei Renten und Pflege sinkt, wenn die Kosten des Wohlfahrtsstaats explizit gemacht werden.

In der Literatur werden verschiedene Faktoren ausgemacht, die die Haltung zum Wohlfahrtsstaat prägen. Sang-Rok (2019) identifiziert auf Basis der EVS-Daten das Zusammenspiel von Konjunktur, individuellen Merkmalen und institutionellen Kontexten als

zentral für das Verständnis von Wohlfahrtseinstellungen. Kulin und Meulemann (2015) zeigen anhand der ESS-Daten die Rolle individueller Wertorientierungen auf und Arikan und Bloom (2015) weisen basierend auf ISSP-Daten auf die Bedeutung des sozialen Kontexts und geteilter Werte für die Einstellung zum Wohlfahrtsstaat hin. Die European Commission (2020) stellt auf Basis derselben Daten heraus, dass Sozialstaatsprinzipien, Eigeninteresse und Werte (wie Egalitarismus oder Deservingness) eine Rolle spielen, wobei normative Überzeugungen häufig wichtiger sind als reiner Eigennutz. Guo et al. (2024) stellen auf Basis der EVS-Daten für Deutschland, die USA und China fest, dass die wahrgenommene Fairness als Mediator des Zusammenhangs zwischen Eigeninteresse und Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat fungiert. Roosma et al. (2015) zeigen anhand der ESS-Daten, dass die Wahrnehmung von Leistungsmissbrauch in Zusammenhang mit ideologischen Überzeugungen und dem Bild, das in einer Gesellschaft von Leistungsbezieher*innen gezeichnet wird, steht. Die Wahrnehmung von Nichtinanspruchnahme wird hingegen eher durch Eigeninteresse und das Ausmaß an sozialstaatlichen Ausgaben beeinflusst. Baumberg Geiger (2017) zeigt mit Daten des Eurobarometers für das Vereinigte Königreich, dass eine Überschätzung der Bedeutung von Leistungen bei Arbeitslosigkeit sowie eine Überbewertung des Ausmaßes von Leistungsbetrug die Unterstützung von sozialstaatlichen Leistungen untergräbt. Mehrere Arbeiten gehen auf den Zusammenhang zwischen christlichem Glauben bzw. Religiosität allgemein und der Einstellung zum Wohlfahrtsstaat ein (Carriero et al. 2017 und Ochsner 2023 auf Basis der EVS-Daten sowie Bae et al. 2019 anhand der ISSP-Daten). Auch die Rolle von Vertrauen wird verschiedentlich behandelt (Algan et al. 2015 sowie Daniele und Geys 2015 auf Basis der ESS-Daten, Pitlik und Kouba 2015 unter Verwendung der EVS-Daten).

Was individuelle Merkmale angeht, wird in der Literatur verschiedentlich auf die Rolle der Bildung für Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat eingegangen. Einen negativen Zusammenhang zwischen Bildung und der Unterstützung eines expansiven Wohlfahrtsstaates machen Iwatani und Ye (2016) auf Basis der ISSP-Daten sowie Attewell (2021) anhand der ESS-Daten aus. Attewell (2021) zeigt aber gleichzeitig, dass Höhergebildete deutlich positivere Deservingness-Zuschreibungen gegenüber Leistungsbezieher*innen erkennen lassen als geringer Gebildete, die stärker zu abwertenden Grenzziehungen neigen. Ferrari (2021) kommt mittels einer Analyse der ISSP-Daten zum Schluss, dass Einstellungen zu verschiedenen Sozialpolitikbereichen (Bildung, Umverteilung, soziale Sicherung) mit zunehmender Bildung stärker zusammenhängend und strukturiert werden.

Was den eigenen sozioökonomischen Status angeht, so stellen sowohl Han und Kwon (2019) auf Basis der ESS-Daten als auch Häusermann et al. (2022) auf Basis der ISSP-Daten fest, dass höheres Einkommen mit mehr Zustimmung zu sozialer Investition (z. B. Bildung, Qualifizierung) und weniger Zustimmung zu sozialem Konsum (Absicherung, Transfers) einhergeht. Elsässer (2018) verwendet Daten des Politbarometers und des DeutschlandTrends und zeigt, dass der Umbau zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat in Deutschland den Präferenzen der oberen sozialen Klassen folgt. Besonders umstritten zwischen den Klassen sind der Abbau traditioneller Absicherung und sanktionsbasierte Aktivierungsmaßnahmen, während fördernde Aktivierungsinstrumente (z. B. Qualifizierung) in allen sozialen Gruppen breite Zustimmung finden. Han und Kwon (2019) zeigen zudem, dass Arbeitslosigkeitserfahrung die Unterstützung für sozialkonsumtive Leistungen erhöht, aber die Unterstützung für sozialinvestive Politik senkt. Busemeyer und Sahm (2021) verwenden ebenfalls ESS-Daten und beobachten, dass das individuelle Automatisierungsrisiko je nach Risikomaß in einem negativen Zusammenhang mit der Unterstützung von Sozialinvestitionspolitik steht. Sachweh (2017) stellt unter Verwendung des Eurobarometers fest, dass Personen, die sich persönlich von der Finanzkrise betroffen

fühlen, eine stärkere Unterstützung für staatliche Verantwortung im Sozialbereich aufweisen. Busemeyer und Neimanns (2017) zeigen basierend auf den ESS-Daten, dass Personen, die Sozialleistungen beziehen, negativ auf Ausgaben in Bereichen reagieren, von denen sie selbst nicht profitieren. Verteilungskonflikte verlaufen damit zwischen verschiedenen Gruppen von Leistungsbezieher*innen. Basna (2022) stellt ebenfalls anhand der ESS-Daten fest, dass die eigene finanzielle Belastung besonders in postkommunistischen Staaten die Zustimmung zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen erhöht. Auch der negative Zusammenhang zwischen Steuerbelastung und Befürwortung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen ist in der Literatur dokumentiert (Guo und Gong 2024 auf Basis der ISSP-Daten). Becchetti et al. (2026) zeigen anhand der ESS-Daten, dass höhere regionale Einkommensungleichheit positiv mit einer stärkeren Befürwortung von sozialer Unterstützung für besonders benachteiligte Gruppen zusammenhängt, besonders unter Personen mit höherem Einkommen und höherem Bildungsniveau.

Fritz und Koch (2019) sowie Otto und Gugushvili (2020) widmen sich auf Basis der ESS-Daten der Einstellung zu Klimapolitik und zum Wohlfahrtsstaat. Fritz und Koch (2019) zufolge sind höhere Bildung, soziokulturelle Berufe sowie eine Wahlpräferenz für moderate linke und grüne Parteien auf Individualebene am stärksten mit gleichzeitiger Unterstützung von Wohlfahrts- und Klimapolitik verbunden. Otto und Gugushvili (2020) wiesen auf Länderunterschiede in Europa hin sowie auf die Bedeutung von politischer Ideologie und institutionellem Vertrauen, was zusammengenommen zu einer ökosozialen Konfliktlinie in Europa führen könnte.

Verschiedentlich wird in der Literatur auf den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat eingegangen. Häkkilä et al. (2023) stellen anhand der ESS-Daten für Deutschland heraus, dass politisch linksorientierte Personen einerseits zwar positivere Einstellungen gegenüber dem Wohlfahrtsstaat zeigen als rechtsorientierte, andererseits hinsichtlich Zuwanderungsfragen aber gespaltener sind. Zuwanderungsfragen können daher die Agenda der politischen Linken herausfordern. Moriconi et al. (2019) zeigen anhand desselben Datensatzes, dass eine Ausweitung des Wohlfahrtsstaates dann befürwortet wird, wenn hoch qualifizierte Personen zuwandern, und eine Begrenzung, wenn es sich um gering qualifizierte Zugewanderte handelt. Kesler (2022) stellt anhand der ISSP-Daten fest, dass in Ländern, in denen die Arbeitsmarktintegration Zugewanderter schlechter gelingt, die Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat zurückgeht, wenn die Zahl der Zugewanderten und die Arbeitslosenquote steigen. Koning (2017) verwendet EVS-Daten und zeigt, dass Befürchtungen über missbräuchlichen Leistungsbezug durch Zugewanderte zu Forderungen nach selektiver Zuwanderung, nach Leistungskürzungen für Zugewanderte und ausgebauten Integrations- bzw. Arbeitsmarktprogrammen führen, nicht aber zu einer allgemeinen Forderung nach einem Abbau des Wohlfahrtsstaats.

Hinsichtlich internationaler Unterschiede in den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat stellt die European Commission (2020) auf Basis der ISSP-Daten fest, dass es zwischen Ost-/Süd- und West-/Nordeuropa deutliche Unterschiede gibt, die mit Wirtschaftsbedingungen, Sozialschutzniveau und Leistungsperformance zusammenhängen. Piterová und Výrost (2019) kommen anhand von ESS-Daten zu ähnlichen Ergebnissen. Zwischen Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei einerseits sowie nord- und westeuropäischen Ländern andererseits bestehen Unterschiede in interpersonalem und institutionellem Vertrauen sowie grundlegenden Wertorientierungen, die für das Verständnis wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen zentral sind. Goossen (2020) verwendet ebenfalls ESS-Daten und zeigt, dass in Ländern, in denen unbezahlte Sorge- und Hausarbeit gleichmäßiger zwischen Männern und Frauen verteilt ist, Frauen eine stärkere Unterstützung für einen umfassenden Wohlfahrtsstaat zeigen als Männer. Moretti und Whitworth (2019) machen basierend auf ESS-Daten subnationale Muster wirtschaftlicher, moralischer und sozialer Wohlfahrtseinstellungen in Europa aus, von stark befürwortend bis durchgehend skeptisch,

deren Verteilung länderübergreifend und unabhängig von etablierten Wohlfahrtsstaatsregimen verläuft.
Schließlich befasst sich die Literatur auch vereinzelt damit, wie sich Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat auswirken können. Basierend auf ISSP-Daten zeigt Blome (2021) für Frankreich und Deutschland, dass Einstellungsunterschiede innerhalb der Gesellschaft den Zeitpunkt und die Richtung von Reformen beeinflussen. Breznau und Hommerich (2019) stellen auf der gleichen Datenbasis fest, dass in Deutschland eine geringere Stabilität und Polarisierung in den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat mit einer höheren Reformbereitschaft und tiefgreifenden Reformen einhergehen. Saxonberg et al. (2024) kommen anhand der ESS-Daten zu dem Schluss, dass sich die Leistungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaats als zentraler Prädiktor für die Unterstützung populistischer Parteien erweist.

WOHLFAHRTSCHAUVINISMUS

In der Literatur wird die Verbreitung von Wohlfahrtschauvinismus thematisiert (Marx und Naumann 2018 auf Basis des GIP; Bell und Valenta 2024 auf Basis des ESS) sowie der Zusammenhang zwischen wohlfahrtschauvinistischen und rechtsradikalen Einstellungen (Marx und Naumann 2018 auf Basis des GIP; Haenraets und Roosma 2024 auf Basis des ESS). Wohlfahrtschauvinistische Einstellungen werden durch Eigeninteresse, Normen, Identität und Solidarität beeinflusst (Degen et al. 2018 auf Basis des ESS) sowie durch den Anteil ausländischer Personen in der Gesellschaft (Eger und Breznau 2017 ebenfalls auf Basis des ESS). Goldschmidt (2015) zeigt auf Basis der ISSP-Daten, dass ethnische Vorurteile unter Einheimischen in Deutschland mit einer Ablehnung bedürftigkeitsgeprüfter Leistungen zusammenhängen, von denen viele Zugewanderte profitieren, während universellere bzw. beitragsbasierte Leistungen weitgehend von Vorurteilen unberührt bleiben.

EINSTELLUNGEN ZUR RENTENPOLITIK

Ebbinghaus und Naumann (2018) analysieren auf Basis des ISSP Einstellungen zur Renten- und Arbeitslosenpolitik in Deutschland und Großbritannien. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die staatliche Verantwortung für Personen im Ruhestand deutlich stärker befürwortet wird als für Arbeitslose, und dass die Ausgabenpräferenzen für Rentenpolitik größer sind. Franke und Simonson (2018) untersuchen anhand des Alterssurveys Einstellungen zum Rentensystem und zeigen, dass Personen mit niedrigerem sozioökonomischem Status, Statussorgen und Erfahrungen sozialer Ausgrenzung Gerechtigkeitsüberzeugungen aufweisen, in denen sich eine Systemkritik am deutschen Alterssicherungssystem ausdrückt. Verschiedene Studien mit Daten des Eurobarometers widmen sich der Lebenslage älterer Menschen. Die Arbeit von Ghenta et al. (2019) untersucht die Wahrnehmung von Armut und Renteneinkommen in Mittel- und Osteuropa. Die Befragten sehen keine Fortschritte in der Armuts- und Ungleichheitsbekämpfung in den fünf Jahren vor Datenerhebung. Przybysz et al. (2021) zeigen, dass die Haltung älterer Menschen zu Maßnahmen zur Armutsbekämpfung damit zusammenhängt, ob sie selbst von diesen Maßnahmen profitieren oder nicht. Thurm et al. (2024) verwenden die Daten des Politbarometers und des DeutschlandTrends und zeigen, dass Medienberichte über Rentenkürzungen mit einem Rückgang der Regierungszufriedenheit einhergehen, expansive Rentenpolitik ruft hingegen kaum eine Reaktion in der Regierungsbewertung hervor. Sozialdemokratisch geführte Regierungen werden dabei für Kürzungsberichterstattung stärker bestraft als christdemokratische.

EINSTELLUNGEN ZU LEISTUNGEN BEI ARBEITSLOSIGKEIT

Wittmaack (2023) zeigt auf Basis von Daten des Politbarometers und des DeutschlandTrends, dass die öffentliche Problemwahrnehmung der Arbeitslosenabsicherung zwischen 2005 und 2021 abnahm und die Akzeptanz des bestehenden Systems stieg. Celico und Rode (2024) zeigen auf Basis des EVS, dass Reformen, die großzügige Leistungen mit einem flexiblen Arbeitsmarkt und aktiver Arbeitsmarktpolitik verbinden, die wirtschaftliche Effektivität steigern und nicht zu Steuerbetrug oder ungerechtfertigten Leistungsansprüchen führen. Hofstetter und Rosas (2021) beschäftigen sich basierend auf dem Eurobarometer mit dem wahrgenommenen Zielkonflikt zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit und kommen zu dem Ergebnis, dass ein Anstieg der Arbeitslosigkeit eher abgelehnt wird, insbesondere von ärmeren Personen. Außerdem befasst sich die vorhandene Literatur zu Leistungen bei Arbeitslosigkeit mit dem Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu bestimmten Maßnahmen und persönlichen Eigenschaften wie etwa der eigenen Gefährdung, arbeitslos zu werden (Buss 2019 auf Basis des GIP; Arévalo-Iglesias 2024; Buffel und Velde 2018; Im 2020; Lee 2019 sowie Rossetti et al. 2022 auf Basis des ESS; Carriero und Filandri 2019 auf Basis der EVS; Sachweh 2019 auf Basis des Eurobarometers für das Vereinigte Königreich, Deutschland und Schweden). Die Ergebnisse weisen nicht immer in dieselbe Richtung und Wehl (2019) kommt nach Analyse der ESS-Daten zu dem Schluss, dass stabile Prädispositionen und soziale Herkunft stärker für politische Einstellungen verantwortlich sind als einzelne Lebensereignisse wie Arbeitslosigkeit. Naumann et al. (2019) zeigen, dass Sanktionen bei Ablehnung eines Jobangebots weniger befürwortet werden, wenn die Person, die sanktioniert werden soll, älter ist. Dieser Effekt variiert länderspezifisch und verschwindet in alternden Gesellschaften.

EINSTELLUNGEN ZU MAßNAHMEN DER GRUNDSICHERUNG

Im Bereich der staatlichen Leistungen zur Existenzsicherung werden in der Literatur zum einen konkrete Erfahrungen mit dem deutschen Hartz-IV-System betrachtet und wie diese Erfahrungen sich auf die Beurteilung des Systems auswirken (Beckmann et al. 2021 auf Basis des SOEP). Zum anderen widmet sich ein großer Teil der Literatur den Einstellungen gegenüber einem bedingungslosen Grundeinkommen (Adriaans et al. 2019 auf Basis des SOEP; Baranowski und Jabkowski 2021; Gubello 2024; Kozák 2020; Roosma und van Oorschot 2020; Shin et al. 2020 sowie Vlandas 2019 auf Basis des ESS). Die Studien zeigen eine große Übereinstimmung hinsichtlich der Eigenschaften, die mit einer Befürwortung eines bedingungslosen Grundeinkommens genannt werden. Darunter finden sich beispielsweise: junges Alter, hohe Bildung, eigene Armutsgefährdung, niedrige soziale Stellung, befristete Beschäftigung, niedriges BIP, Vertrauen in die Regierung und in politische Institutionen, politische Linksorientierung, positives Bild von Leistungsbezieher*innen. Die Studien gehen auch auf Unterschiede in der Höhe der Zustimmung zwischen den europäischen Regionen ein (Baranowski und Jabkowski 2021) und zeigen, dass die Zustimmung in Deutschland im internationalen Vergleich eher niedrig ist (Adriaans et al. 2019). Weisstanner (2022, Basis: ESS) zufolge ist die Unterstützung eines bedingungslosen Grundeinkommens stark fragmentiert und bestehende Sozialstaatsmodelle gelten nach wie vor als verlässlicher.

EINSTELLUNGEN ZU FAMILIENPOLITISCHEN LEISTUNGEN

Werden Publikationen, die sich auf die Daten der hier vorgestellten Befragungsprogramme stützen, zugrunde gelegt, findet sich zur Familienpolitik lediglich eine Studie. Chung und Meuleman (2016) werten ESS-Daten aus und zeigen, dass Eltern in Europa im Durchschnitt

deutlich eine öffentliche Bereitstellung von Kinderbetreuung befürworten und dass die subjektive Bewertung der bestehenden Betreuung dabei eine größere Rolle spielt als Ideologie oder Eigeninteresse.

EINSTELLUNGEN ZU EU-WEITER SOZIALPOLITIK

Auf Basis der ESS-Daten gibt es verschiedene Studien zu Einstellungen gegenüber EU-weiter Sozialpolitik (Eick 2024; Cardone 2021; Reinl et al. 2023; Baute und Meuleman 2020; Roosma und van Oorshot 2021; Wang 2025). Baute (2023) stützt seine Untersuchung zu diesem Thema auf Daten des Eurobarometers. Die Studien zeigen, dass die Zustimmung zu einer EU-weiten Sozialpolitik oder einem EU-weiten Mindestlohn regional unterschiedlich ist und mit der Zufriedenheit mit nationalen Sicherungssystemen, mit Vertrauen in EU-Institutionen, Werteorientierungen und politischen Einstellungen sowie mit innergesellschaftlichen sozialstrukturellen Konfliktlinien zusammenhängt. Baute (2021) zeigt auf Basis der ESS-Daten, dass in Ländern mit großzügigem Wohlfahrtsstaat eher die Befürchtung vorherrscht, die EU führe zu einer Absenkung der Sozialstandards, hohe Mittelzuflüsse aus EU-Strukturfonds und Vertrauen in EU-Institutionen erhöhen dagegen die Erwartung, dass die europäische Integration soziale Standards nach oben angleichen sollte. Visconti (2024) zeigt auf Basis des Eurobarometers, dass die bedingungslose transnationale Solidarität in der EU 2016 schwächer ausgeprägt war als 1992.

EINSTELLUNGEN ZU SOZIALPOLITISCHEN REFORMEN

Auf Basis des GIP untersuchen Ebbinghaus und Naumann (2017) sowie Naumann (2017) Einstellungen zu Reformen in den Bereichen Rente und Arbeitsmarkt. Die Arbeiten zeigen, dass anhaltender Reformdruck zur Erosion der öffentlichen Unterstützung für den Wohlfahrtsstaat beiträgt und dass die Ablehnung einer Anhebung des Renteneintrittsalters dann abnimmt, wenn der Reformdruck sichtbar gemacht wird. Kemmerling (2016) findet basierend auf den Daten des Eurobarometers, dass die Unterstützung für eine Anhebung des Renteneintrittsalters abnimmt, wenn die Befragten an Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt zwischen älteren und jüngeren Beschäftigten glauben. Allgemeiner beschäftigen sich Garritzmann et al. (2021) auf Basis der ESS-Daten mit Reformbereitschaft und finden, dass Vertrauen und Regierungszufriedenheit, Eigeninteresse und Ideologie wichtige und moderierende Faktoren sind. Gugushvili und van Oorschot (2020) sowie Laenen und Gugushvili (2022) werten ESS-Daten mit Blick auf Einstellungen zu grundlegenden Wohlfahrtsstaatsreformen (vollständig bedürftigkeitsgeprüfte Leistungen, bedingungsloses Grundeinkommen) aus. Die Studien zeigen, dass der eigene sozioökonomische Status, die Großzügigkeit des Wohlfahrtsstaates, die wahrgenommene Leistungsfähigkeit des bestehenden Systems und die Verbreitung von Armut wichtige Einflussfaktoren sind.

4.3. LEBENSLAUFÜBERGÄNGE

Der einzige Lebenslaufübergang, der basierend auf den hier betrachteten Datensätzen explizit behandelt wird, ist der in den Ruhestand. Die vorhandene Literatur stützt sich dabei auf das SOEP und geht der Frage nach, inwiefern sich die Lebenszufriedenheit beim Eintritt in den Ruhestand verändert. Hennig et al. (2023) stellen fest, dass die Lebenszufriedenheit im Rentenübergang heutzutage einen günstigeren Verlauf nimmt als früher, und führen das auf eine bessere Gesundheit und größere psychosoziale Ressourcen älterer Menschen zurück. Weber und Hülür (2021) zeigen, dass die Lebenszufriedenheit sowohl bei den Personen steigt, die in Rente gehen, als auch bei Personen, die mit ihnen in einer Partnerschaft leben. Merz (2018) zufolge zeigt sich hingegen nur ein kurzfristiger Anstieg der

Lebenszufriedenheit in unmittelbarer Nähe zum Renteneintritt. Eine dauerhaft höhere Lebenszufriedenheit gegenüber der Zeit vor dem Renteneintritt ist nicht nachweisbar.

5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Von den für diese Studie zentralen Themenbereichen werden einige sehr gut in den einbezogenen Datensätzen und der zugehörigen Literatur abgebildet. Dazu zählen die Verantwortlichkeit des Staates, der Umfang sozialstaatlicher Leistungen und Gerechtigkeitsvorstellungen.

Zur **Verantwortlichkeit des Staates** werden in allen hier untersuchten Erhebungen Fragen gestellt. Besonders häufig wird die Verantwortlichkeit des Staates in den Jahren 1995 bis 2009 und in etwas geringerem Maße auch zwischen 2015 und 2019 erhoben. In den allermeisten Fällen wird nach der Verantwortlichkeit des Staates in unterschiedlichen Politikbereichen wie Arbeitsmarkt, Rente und Familie gefragt, vereinzelt wird auch nur die Verantwortlichkeit für soziale Sicherung allgemein erfasst. Zudem wird fast immer die Verantwortlichkeit des Staates für Umverteilung erfasst. Im ESS sowie im Eurobarometer wird zusätzlich nach der Rolle europäischer Institutionen gefragt, insbesondere zwischen 2015 und 2019. Auch in der Literatur finden sich einige Studien, die sich mit Einstellungen zu EU-weiter Sozialpolitik befassen.

Zum **Niveau sozialstaatlicher Leistungen** werden ebenfalls in allen Erhebungen Fragen gestellt, insbesondere zwischen 2005 und 2009 und in etwas geringerem Umfang zwischen 2010 und 2019. In den meisten Befragungen ist das Leistungsniveau des Wohlfahrtsstaates oder der Umfang bzw. die Entwicklung der Sozialausgaben Thema. Häufig werden auch Fragen zu fiskalpolitischen Zielkonflikten und Prioritäten gestellt, etwa ob Steuern oder Leistungen angepasst werden sollten. Nach dem Kreis der Anspruchsberechtigten wird in der ALLBUS-Erhebung, im ESS und in den IVS gefragt, nach den Anreizwirkungen sozialstaatlicher Leistungen in ALLBUS und ESS. Auch die Literatur beschäftigt sich mit Einstellungen zum Ausmaß sozialstaatlicher Leistungen und geht auf Unterschiede in den Einstellungen in Bezug auf verschiedene sozialpolitische Bereiche ein. Viele Studien beschäftigen sich zudem damit, wie Haltungen, Werte, sozioökonomische Charakteristika und Kontextfaktoren diese Einstellungen prägen. Außerdem wird von einigen Studien die Verbreitung von Wohlfahrtschauvinismus thematisiert.

In allen hier betrachteten Umfragen finden sich Fragen zu **Gerechtigkeitsvorstellungen.** Diese werden insbesondere seit 2015 gestellt. Außer im DEAS wird in allen Erhebungen nach Vorstellungen zur Verteilungsgerechtigkeit gefragt, auch Leistungsgerechtigkeit wird häufig adressiert. Vereinzelt werden Fragen zur Generationengerechtigkeit (DEAS, DeutschlandTrend), zur Chancengleichheit (ESS, Polit- und Eurobarometer) und zu Prinzipien sozialer Gerechtigkeit (SOEP, ESS) gestellt.

Die Literatur befasst sich ebenfalls mit den Themen **Ungleichheit und Umverteilung.** Eine Reihe von Studien beschäftigt sich mit der Frage, wie Ungleichheit wahrgenommen wird, und welche Unterschiede in der Wahrnehmung es zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen gibt. Ein weiterer Schwerpunkt in der Literatur widmet sich der Frage, wie die

Bevölkerung gegenüber Ungleichheit eingestellt ist, wie sich diese Einstellungen im Zeitverlauf entwickeln und wodurch sie beeinflusst werden. Einige Studien untersuchen zudem, wie es sich auf die Einstellung gegenüber Ungleichheit auswirkt, wenn eine Person selbst Ungleichheit oder Aufstiege erlebt hat.

Was **sozialstaatliches Handeln in unterschiedlichen Politikbereichen,** also bestimmten **Lebenslagen und kritischen Lebenslaufübergängen** angeht, so sind manche Politikbereiche gut in den Erhebungen abgedeckt und andere nicht. Die Lebenslage älterer Menschen wird etwa von allen Erhebungen außer der ALLBUS-Erhebung und dem SOEP erfasst, insbesondere in den Jahren 2005 bis 2009 und etwas weniger häufig auch zwischen 1995 und 2004 sowie zwischen 2010 und 2019. Familienpolitische Themen kommen in allen Umfragen außer SOEP, DEAS und IVS vor. Die entsprechenden Fragen werden insbesondere seit dem Jahr 2000 gestellt. Allerdings wird beispielsweise die Lage alleinerziehender Eltern kaum beleuchtet. Zur Arbeitsmarktpolitik werden im ESS, im Politbarometer, im DeutschlandTrend und im Eurobarometer Fragen gestellt, insbesondere seit 2015, aber in etwas geringerem Ausmaß auch schon seit 2000. Auch in der Literatur lässt sich ein Schwerpunkt bei der Renten- und Arbeitsmarktpolitik erkennen. Weitere Politikbereiche, die in einzelnen Erhebungen adressiert werden, sind: Bildung (ESS, ISSP, DeutschlandTrend, hauptsächlich in den Jahren 2000 bis 2004), Wohnungspolitik (DeutschlandTrend, Polit- und Eurobarometer) und Pflegepolitik (DeutschlandTrend und Eurobarometer, hauptsächlich zwischen 2005 und 2009). In einigen Erhebungen finden sich zudem Fragen nach der Einschätzung von Konflikten zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen (ALLBUS, DEAS, Politbarometer, insbesondere seit 2020, in etwas geringerem Maß auch schon seit 2000) oder zu Diskriminierung (DEAS, ESS, Eurobarometer). Fragen zu Lebenslaufübergängen werden kaum gestellt. Ausführlich wird lediglich der Übergang in den Ruhestand im DEAS erhoben. Außerdem gibt es im ESS einzelne Fragen zu Chancen beim Berufseinstieg oder zur Familiengründung (u. a. ESS und ALLBUS). Weitere Übergänge wie etwa aus Arbeitslosigkeit oder Krankheit zurück ins Erwerbsleben werden nicht betrachtet. In der Literatur finden sich ebenfalls nur vereinzelt Studien, die sich mit der Qualität des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand beschäftigen.

Zum allgemeinen **Reformbedarf sozialstaatlicher Leistungen** werden im DeutschlandTrend verschiedene Fragen gestellt, vereinzelt kommt dieser Themenbereich auch im Polit- und im Eurobarometer vor, wobei dort eher die Bewertung konkreter, sich aktuell in der Diskussion oder bereits in der Umsetzung befindender Reformmaßnahmen erfasst wird. Auch in der Literatur finden sich einige Studien, die Einstellungen zu sozialstaatlichen Reformen thematisieren.

Fragen zur Sozialpolitik sind häufig Bestandteile von Themenmodulen, die nicht unbedingt in jeder Befragungswelle wiederholt werden. Insbesondere dann, wenn sich in den Trendmonitoren Fragen auf konkrete sozialpolitische Maßnahmen oder zum Zeitpunkt der Erhebung aktuell diskutierte Reformen beziehen, kommt es häufig vor, dass sich der Wortlaut der entsprechenden Frage von einer zur nächsten Welle ändert. In unregelmäßigen Abständen wiederholte Fragen mit sich ändernden Formulierungen behindern die Analyse von längerfristigen Trends.

Allerdings lässt sich in den Umfrageprogrammen ein Schwerpunkt auf den hier betrachteten Themen in den späten 1990er- und frühen 2000er-Jahren feststellen. Das ISSP-Modul zur sozialen Ungleichheit war beispielsweise 1987, 1992 und 1999 im Feld, danach erst wieder in den Jahren 2009 und 2019. Ähnlich verhält es sich mit dem ISSP-Modul zur Rolle des Staates: Die entsprechenden Fragen wurden 1985, 1990 und ab 1996 in zehnjährigem Abstand erhoben, also 2006 und 2016. Das ESS-Modul zu Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat war 2008 und 2016 im Feld. Somit sind aus verschiedenen Datensätzen viele, nahe

beieinander liegende Wellen vorhanden, die gute Trendvergleiche für die späten 1990er- und frühen 2000er-Jahre ermöglichen.
Daraus ergibt sich zum einen, dass weitere sozialpolitisch relevante Personengruppen, die bisher von den Umfragen nicht abgedeckt werden, in den Blick genommen werden sollten. Hierzu könnten beispielsweise Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung oder erwerbsunfähige Personen gehören. Zum anderen sollte ein stärkerer Fokus auf die Qualität von Lebenslaufübergängen (etwa von der Ausbildung ins Erwerbsleben, aus der Arbeitslosigkeit oder nach einer Krankheit zurück ins Erwerbsleben) gelegt werden. Hierzu finden sich in den betrachteten Erhebungen kaum Daten. Darüber hinaus sollte darauf geachtet werden, dass Items über die Zeit hinweg konsistent und in regelmäßigen Abständen erhoben werden. Nur so sind langfristige Trendanalysen möglich.

6 Anhang: Steckbriefe der Erhebungen

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)

- Ziel: Beobachtung von Einstellungen, Verhalten und sozialem Wandel
- Schwerpunkte: zwei Schwerpunktmodule in zehnjährigem Replikationszyklus zu wechselnden Themen
- Erhoben seit 1980, etwa alle zwei Jahre
- Stichprobe
  - Grundgesamtheit: bis 1990 alle wahlberechtigten Personen in der (alten) Bundesrepublik und West-Berlin, die in Privathaushalten wohnen, ab 1991 die erwachsene Wohnbevölkerung in West- und Ostdeutschland
  - Bildung der Stichproben: In den Jahren 1980, 1992 und 1998 nach dem ADM-Stichprobendesign Haushaltsstichproben, in den Jahren 1994, 1996 und ab 2.000 Personenstichproben aus Einwohnermelderegistern
  - Größe: bis 1990 3.000 Befragte, 1991 1.500 Befragte, seit 1992 etwa 2.400 Befragte in West- und 1.100 in Ostdeutschland
  - Querschnittserhebung
- Länder: Deutschland
- Besondere Bevölkerungsgruppen: keine
- Datenverknüpfung: Verknüpfung mit Geodaten möglich

Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)

- Ziel: Verbesserung des Verständnisses von menschlichem Verhalten, wirtschaftlichen Entscheidungen, Mechanismen gesellschaftlichen Wandels und der Wirkung politischer Entscheidungen
- Schwerpunkte: keine, in jedem der elf thematischen Bereiche Fragen, die jährlich, unregelmäßig und einmalig gestellt werden
- Erhoben seit 1984, jährlich
- Stichprobe
  - Grundgesamtheit: Personen, die in Privathaushalten in Deutschland leben
  - Bildung der Stichproben: mehrstufiges zufälliges Auswahlverfahren (ADM-Design, Einwohnermeldeämter)
  - Größe: etwa 30.000 Befragte in 22.000 Haushalten
  - Panelerhebung
- Länder: Deutschland
- Besondere Bevölkerungsgruppen: Migrationsstichprobe, Geflüchtetenstichprobe
- Datenverknüpfung: Verknüpfung mit Wohnquartierdaten von microm, mit administrativen Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der

Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Rentenversicherung, mit Befragungsdaten von Betrieben, mit Daten einer Erweiterungsstudie zu Kindern, die in Kindertageseinrichtungen betreut werden, und mit Daten der PIAAC-Erhebung[8] möglich

Deutscher Alterssurvey (DEAS)

- Ziel: Begleitung des Wandels der Lebenssituationen und Alternsverläufe von Menschen ab 40 Jahren
- Schwerpunkte: keine thematischen Schwerpunkte
- Erhoben seit 1996, seit 2008 etwa alle drei Jahre[9]
- Stichprobe
  - Grundgesamtheit: in Privathaushalten lebende Mitglieder der deutschen Bevölkerung ab 40 Jahren
  - Bildung der Stichproben: Melderegisterstichprobe von Personen mit entsprechenden Geburtsjahrgängen, jeweils sowohl Panelstichproben aus vorausgegangenen Wellen und (in vielen Wellen) Basisstichproben aus den gleichen Gemeinden wie in Vorwellen
  - Größe: zwischen 4.608 und 10.324 Befragte
  - Panelerhebung
- Länder: Deutschland
- Besondere Bevölkerungsgruppen: 2002 Stichprobe ausländischer Personen (in Privathaushalten lebende nicht deutsche Bevölkerung ab 40 Jahre alt in den gleichen Gemeinden wie in der Vorwelle)
- Datenverknüpfung: Verknüpfung mit Wohnkostenpreisindex (RWI), INKAR-Indikatoren des BBSR, Wohnquartierdaten von microm und infas360 möglich

European Social Survey (ESS)

- Ziel: Messung der Einstellungen, Überzeugungen und Verhaltensmuster, Lebensumstände, sozialen Struktur und der Bevölkerungen in mehr als 30 Ländern
- Schwerpunkte: zwei rotierende Module (z. B. in Wellen 4, 8 und 13 Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat)
- Erhoben seit 2001, etwa alle zwei Jahre
- Stichprobe
  - Grundgesamtheit in Deutschland: alle in Deutschland lebenden Personen, die über 15 Jahre alt sind
  - Bildung der Stichproben: zufälliges, zweistufiges Auswahlverfahren aus Einwohnermelderegistern
  - Größe: netto mindestens 1.500 Interviews in Deutschland
  - Querschnittserhebung

[8] Das Programme for the International Assessment of Adult Competencies (PIAAC) ist eine von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geförderte und international vergleichende Studie zur Untersuchung von Kompetenzen der erwachsenen Bevölkerung, die zeitgleich in mehreren Ländern stattfindet und in regelmäßigen Abständen wiederholt wird. Die Erhebung untersucht grundlegende Kompetenzen, die notwendig sind, um den alltäglichen und beruflichen Anforderungen erfolgreich begegnen zu können.

[9] 2021 fand neben der regulären Befragung eine Aufstockungsbefragung statt, die in der Excel-Liste mit 2021a gekennzeichnet ist.

- Länder (mindestens einmal teilgenommen): Deutschland, EU-27 (außer Malta und Slowakei), Albanien, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Ukraine, Serbien, Norwegen, Island, Israel, Russland, Schweiz, Türkei, Vereinigtes Königreich
- Besondere Bevölkerungsgruppen: Keine
- Datenverknüpfung: Kontextdaten u. a. zu Demografie, Wirtschaft, Gesundheit, Kriminalität, Migration, politischen Institutionen

International Social Survey Programme (ISSP)

- Ziel: Erhebung von Veränderungen in Einstellungen, Verhalten und Lebensumständen
- Schwerpunkte: Module werden regelmäßig wiederholt (z. B. Aufgaben der Regierung 1985, 1990, 1996, 2006, 2016)
- Erhoben seit 1984, jährlich
- Stichprobe
  - Grundgesamtheit: Personen ab (meistens) 18 Jahren
  - Bildung der Stichproben: Wahrscheinlichkeitsauswahl, je nach Land ein- oder mehrstufig
  - Größe: pro Land mindestens etwa 1.000 Befragte
  - Querschnittserhebung
- Länder: Deutschland, Kanada, USA, Mexiko, Suriname, Venezuela, Chile, EU-27 (außer Belgien, Zypern, Irland, Lettland, Luxemburg, Malta, Portugal, Rumänien), Georgien, Ukraine, Norwegen, Island, Israel, Russland, Schweiz, Türkei, Vereinigtes Königreich, Bangladesch, China, Indien, Japan, Philippinen, Südkorea, Taiwan, Thailand, Australien, Neuseeland
- Besondere Bevölkerungsgruppen: Keine
- Datenverknüpfung: Keine Datenverknüpfung vorgesehen

Integrated Values Surveys (IVS): EVS + WVS

- Ziel: Erhebung von grundlegenden Werten, Überzeugungen, Präferenzen, Einstellungen, Meinungen
- Schwerpunkte: 75 % der Fragen der aktuellen Welle sind Panelfragen, 25 % neu aufgenommene Fragen

European Values Study (EVS)

- Erhoben seit 1981
- Stichprobe
  - Grundgesamtheit: Personen ab 18 Jahren mit Wohnadresse in einem privaten Haushalt im Befragungsland
  - Bildung der Stichproben: repräsentative mehrstufige Zufallsstichprobe
  - Größe: zwischen 1.000 und 1.500 effektive Befragte in jedem Land
  - Querschnittserhebung
- Länder (mindestens einmal teilgenommen): Deutschland, Kanada, USA, EU-27, Norwegen, Island, Nordzypern, Weißrussland, Russland, Türkei, Ukraine, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kosovo, Nordmazedonien, Moldau, Montenegro, Serbien, Schweiz, Vereinigtes Königreich

- Besondere Bevölkerungsgruppen: Finnland (schwedische Minderheit), Rumänien (ungarische Minderheit)
- Datenverknüpfung: World Values Survey

World Values Survey (WVS)

- Erhoben seit 1981, etwa alle fünf Jahre
- Stichprobe
  - Grundgesamtheit: Personen ab 18 Jahren, die in einem Privathaushalt im Befragungsland leben
  - Bildung der Stichproben: repräsentativ, mehrstufiges Auswahlverfahren, zufällig
  - Größe: mindestens 1.200 Befragte pro Land
  - Querschnittserhebung
- Länder: Deutschland, EU-27 (außer Österreich, Belgien, Dänemark, Irland, Luxemburg, Malta, Portugal), Vereinigtes Königreich, Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Montenegro, Norwegen, Nordmazedonien, Russland, Serbien, Schweiz, Tadschikistan, Türkei, Ukraine, Usbekistan, Weißrussland, Kanada, USA, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Haiti, Mexiko, Nicaragua, Peru, Puerto Rico, Trinidad und Tobago, Uruguay, Venezuela, Algerien, Burkina Faso, Ägypten, Äthiopien, Ghana, Kenia, Libyen, Mali, Marokko, Nigeria, Ruanda, Südafrika, Tunesien, Uganda, Sambia, Simbabwe, Iran, Irak, Israel, Jordanien, Kuwait, Libanon, Katar, Saudi-Arabien, Jemen, Bangladesch, China, Taiwan, Hongkong, Indien, Indonesien, Macau, Malaysia, Mongolei, Japan, Pakistan, Philippinen, Singapur, Südkorea, Thailand, Vietnam, Australien, Neuseeland
- Besondere Bevölkerungsgruppen: Regionale Befragungen in Andalusien, Baskenland, Valencia, Galizien, Tambov (Russland)
- Datenverknüpfung: European Values Study

Politbarometer

- Ziel: Regelmäßige Ermittlung von Einstellungen zu Parteien, zur politischen Agenda und zu Personen in der Spitzenpolitik sowie zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen
- Schwerpunkte: aktuelle Themen
- Erhoben seit 1977, monatlich
- Stichprobe
  - Grundgesamtheit: 1977 bis Juni 1988 zur Bundestagswahl wahlberechtigte Personen, ab August 1988 wahlberechtigte Personen, die in einem Privathaushalt mit Telefonanschluss leben
  - Bildung der Stichproben: bis Juni 1988 mehrstufige Zufallsauswahl (ADM-Design), ab August 1988 zweistufige Zufallsauswahl nach RLD-Verfahren
  - Größe: etwa 1.250 Wahlberechtigte
  - Querschnittserhebung
- Länder: Deutschland
- Besondere Bevölkerungsgruppen: Erhebungen auf Ebene der Bundesländer vor Landtagswahlen

- Datenverknüpfung: Keine Datenverknüpfung vorgesehen

DeutschlandTrend

- Ziel: Erfassung der Einstellungen und Beurteilungen zu Parteien, Personen in der Politik und aktuellen politischen Themen
- Schwerpunkte: aktuelle Themen
- Erhoben seit 1997,[10] monatlich
- Stichprobe
  - Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Personen ab 18 Jahren
  - Bildung der Stichproben: mehrstufige Zufallsauswahl (ADM-Design, Zufallsstichprobe aus Online-Access-Panel)
  - Größe: bis zu 1.500 Wahlberechtigte
  - Querschnittserhebung
- Länder: Deutschland
- Besondere Bevölkerungsgruppen: Erhebungen auf Ebene der Bundesländer
- Datenverknüpfung: Keine Datenverknüpfung vorgesehen

Eurobarometer

- Ziel: Regelmäßiger Monitor der öffentlichen Meinung zu Themen in Zusammenhang mit der Europäischen Union und Einstellungen zu politischen oder sozialen Fragen
- Schwerpunkte: Ad-hoc-Befragungen zu spezifischen, für die Aktivitäten der EU-Institutionen relevanten Themen
- Erhoben seit 1974, mindestens zweimal im Jahr
- Stichprobe
  - Grundgesamtheit: Bevölkerung ab 15 Jahren, wohnhaft in EU-Mitgliedsstaaten
  - Bildung der Stichproben: mehrstufige Zufallsauswahl
  - Größe: mindestens 1.000 Befragte pro Land (500 bei Bevölkerung unter einer Mio.)
  - Querschnittserhebung
- Länder: Deutschland, EU-27, Island, Norwegen, Schweiz, Türkei, Vereinigtes Königreich, Mazedonien, Montenegro, Nordzypern, Serbien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Moldau, Georgien
- Besondere Bevölkerungsgruppen: European Youth & Students, Managers & Enterprises, Urban Audit, Central and Eastern Eurobarometer, Candidate Countries Eurobarometer, Other Target Groups (Internet Users, Parents, Railway Passengers, Teaching professionals, …)
- Datenverknüpfung: keine Datenverknüpfung vorgesehen

[10] Die Akkumulation auf Jahre ist seit 1998 verfügbar, weshalb die angehängte Excel-Liste erst 1998 beginnt.

7 Literaturverzeichnis

Adriaans, Jule, Sandra Bohmann, Stefan Liebig, Maximilian Priem und David Richter. 2021. Einstellungen zu Armut, Reichtum und Verteilung in sozialen Lagen in Deutschland. In *Lebenslagen in Deutschland: Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung: Begleitforschung zum Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung,* Hrsg. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und DIW Econ, 1–270, Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Adriaans, Jule und Stefan Liebig. 2018. Ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland grundsätzlich akzeptiert aber untere Einkommen werden als ungerecht wahrgenommen. *DIW Wochenbericht* 37/2018: 801–807, DOI: 10.18723/diw_wb:2018-37-1.

Adriaans, Jule, Stefan Liebig und Jürgen Schupp. 2019. In Germany, Younger, Better Educated Persons, and Lower Income Groups Are More Likely to Be in Favor of Unconditional Basic Income. *DIW Wochenbericht* 15/2019: 127–134, DOI: 10.18723/diw_dwr:2019-15-1.

Ahrens, Leo. 2020. Unfair inequality and the demand for redistribution: Why not all inequality is equal. *Socio-Economic Review* 20/2: 463–487, DOI: 10.1093/ser/mwaa051.

Ahrens, Leo. 2024. The quality of government conditions political disagreement over redistributive policies. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 1: 1–13, DOI: 10.1080/17457289.2024.2352451.

Alcañiz-Colomer, Joaquín, Inmaculada Valor-Segura und Miguel Moya. 2023. Social Justice Orientations: Exploring Their Impact on poverty attributions and support for social protection. *Political Psychology* 45: 559–580, DOI: 10.1111/pops.12937.

Alesina, Alberto, Elie Murard und Hillel Rapoport. 2021. Immigration and preferences for redistribution in Europe. *Journal of Economic Geography* 21/6: 925–954, DOI: 10.1093/jeg/lbab002.

Algan, Yann, Pierre Cahuc und Marc Sangnier. 2015. Trust and the Welfare State: The Twin Peaks Curve. *The Economic Journal* 126: 861–883, DOI: 10.1111/ecoj.12278.

Althammer, Jörg, Heinz Lampert und Maximilian Sommer. 2021. *Lehrbuch der Sozialpolitik,* 10. Auflage. Berlin: Springer Gabler, DOI: 10.1007/978-3-662-56258-1.

Andreoli, Francesco und Javier Olivera. 2020. Preferences for redistribution and exposure to tax-benefit schemes in Europe. *European Journal of Political Economy* 63: 101880, DOI: 10.1016/j.ejpoleco.2020.101880.

Arévalo-Iglesias, Gonzalo. 2024. Intergenerational cohabitation and welfare attitudes among European young adults. *Journal of European Social Policy* 35/1: 4–20, DOI: 10.1177/09589287241290761.

Arikan, Gizem und Pazit Ben-Nun Bloom. 2015. Social Values and Cross-National Differences in Attitudes towards Welfare. *Political Studies* 63/2: 431–448, DOI: 10.1111/1467-9248.12100.

Armingeon, Klaus und David Weisstanner. 2021. Objective Conditions Count, Political Beliefs Decide: The Conditional Effects of Self-Interest and Ideology on Redistribution Preferences. *Political Studies* 70/4: 887–900, DOI: 10.1177/0032321721993652.

Attewell, David. 2021. Redistribution attitudes and vote choice across the Educational Divide. *European Journal of Political Research* 61/4: 1080–1101, DOI: 10.1111/1475-6765.12486.

Bae, Eun Chong, Soo Wan Kim und Ahn Sang-Hoon. 2019. 종교와 복지국가의 관계에 관한 연구: 종교가 복지 인식에 미치는 영향을 중심으로 (Religion and the welfare state: How religion affects welfare attitudes?). *Korea Social Policy Review* 26/1: 139–171, DOI: 10.17000/kspr.26.1.201903.140.

Baranowski, Mariusz und Piotr Jabkowski. 2021. Basic income support in Europe: A cross-national analysis based on the European Social Survey Round 8. *Economics & Sociology* 14/2: 167–183, DOI: 10.14254/2071-789x.2021/14-2/9.

Basna, Kristyna. 2022. Economic strain in post-communist countries and the rest of Europe: Attitudes towards the unemployed and the old. *East European Politics and Societies* 37/3: 1110–1129, DOI: 10.1177/08883254221131595.

Baute, Sharon. 2021. Citizens expectations about social protection in multilevel governance: The interplay between national and supranational institutions. *Social Policy & Administration* 56/3: 518–534, DOI: 10.1111/spol.12786.

Baute, Sharon. 2023. From national welfare states to Social Europe: welfare attitudes in the context of European integration. In A Research Agenda for Public Attitudes to Welfare Sociology, Social Policy and Education, Hrsg. Femke Roosma und Tijs Laenen, 53–80, Cheltenham: Edward Elgar Publishing Limited, DOI: 10.4337/9781800887411.00009.

Baute, Sharon und Bart Meuleman. 2020. Public attitudes towards a European minimum income benefit: How (perceived) welfare state performance and expectations shape popular support. *Journal of European Social Policy* 30/4: 404–420, DOI: 10.1177/0958928720904320.

Becchetti, Leonardo, Giovanni Cerase und Nazaria Solferino. 2026. Income inequality and pro-poor opinions: empirical evidence at regional level. *Journal of Income Distribution*, DOI: 10.25071/1874-6322.40642.

Beckmann, Fabian, Rolf G. Heinze, Dominik Schad und Jürgen Schupp. 2021. Klima der Angst oder Respekt auf Augenhöhe? Erfahrungen von Hartz IV-Beziehenden mit Jobcentern im

Zuge der Corona-Pandemie. *Sozialer Fortschritt* 70/10–11: 651–669, DOI: 10.3790/sfo.70.10-11.651.

Bell, David Andreas und Marko Valenta. 2024. Who would never grant them equal rights? A comparative analysis of welfare chauvinism in Central and Eastern Europe. *European Journal of Social Work* 27/6: 1287–1302, DOI: 10.1080/13691457.2024.2335526.

Blome, Agnes. 2021. Welfare State Recalibration in France and Germany: What Role Do Polarization and Inequalities in People's Attitudes Toward Social Policies Play? In *Research in Political Sociology,* Bd. 28, Hrsg. David Pettinicchio, 47–66, Leeds: Emerald Publishing Limited, DOI: 10.1108/S0895-993520210000028003.

Bozzano, Monica, Paola Profeta, Riccardo Puglisi und Simona Scabrosetti. 2024. Women's Voice on redistribution: From gender equality to equalizing taxation. *European Journal of Political Economy* 81/1: 102497, DOI: 10.1016/j.ejpoleco.2023.102497.

Bozzano, Monica und Simona Scabrosetti. 2024. Preferences for redistribution: Two decades of gender gaps and generational differences in Europe. *CESifo Economic Studies* 70/3: 320–345, DOI: 10.1093/cesifo/ifae015.

Breznau, Nate und Carola Hommerich. 2019. The limits of inequality: Public support for social policy across rich democracies. *International Journal of Social Welfare* 28/2: 138–151, DOI: 10.1111/ijsw.12341.

Buffel, Veerle und Sarah Van de Velde. 2018. Comparing Negative Attitudes Toward the Unemployed Across European Countries in 2008 and 2016: The Role of the Unemployment Rate and Job Insecurity. *International Journal of Public Opinion Research* 31/3: 419–440, DOI: 10.1093/ijpor/edy015.

Burgoon, Brian, Sharon Baute und Sam van Noort. 2023. Positional deprivation and support for redistribution and Social Insurance in Europe. *Comparative Political Studies* 56/5: 655–693, DOI: 10.1177/00104140221115168.

Busemeyer, Marius R. und Erik Neimanns. 2017. Conflictive preferences towards social investments and transfers in mature welfare states: The cases of unemployment benefits and childcare provision. *Journal of European Social Policy* 27/3: 229–246, DOI: 10.1177/095892871668430.

Busemeyer, Marius R., Adrian Rinscheid und Jürgen Schupp. 2023. Hohe Zustimmung zu bedingungslosem Grundeinkommen – vor allem bei den möglichen Profiteur*innen. *DIW Wochenbericht* 21/2023: 245–253, DOI: 10.18723/diw_wb:2023-21-1.

Busemeyer, Marius R. und Alexander H. J. Sahm. 2021. Social Investment, Redistribution or Basic Income? Exploring the Association Between Automation Risk and Welfare State Attitudes in Europe. *Journal of Social Policy* 51/4: 751–770, DOI: 10.1017/S0047279421000519.

Buss, Christopher. 2019. Public opinion towards workfare policies in Europe: Polarisation of attitudes in times of austerity? *International Journal of Social Welfare* 28/4: 431–441, DOI: 10.1111/ijsw.12368.

Bussolo, Maurizio, Ada Ferrer-i-Carbonell, Anna Giolbas und Iván Torre. 2021. I Perceive Therefore I Demand: The Formation of Inequality Perceptions and Demand for Redistribution. *Review of Income and Wealth* 67/4: 835–871, DOI: 10.1111/roiw.12497.

Capistrano, Daniel, Mathew J. Creighton und Ebru Işıklı. 2024. I guess we are from very different backgrounds: Attitudes towards social justice and intergenerational educational mobility in European societies. *Social Indicators Research* 171/1: 277–294, DOI: 10.1007/s11205-023-03249-9.

Cardone, Paolo Emilio. 2021. Public support for an EU-wide social benefit scheme: evidence from round 8 of the European Social Survey (ESS). *RIEDS – Rivista Italiana di Economia, Demografia e Statistica – The Italian Journal of Economic, Demographic and Statistical Studies* 75/1: 77–88, https://ideas.repec.org/a/ite/iteeco/210106.html.

Carriero, Renzo. 2016. More Inequality, Fewer Class Differences: The Paradox of Attitudes to Redistribution Across European Countries. *Comparative Sociology* 15/1: 112–139, DOI: 10.1163/15691330-12341366.

Carriero, Renzo und Marianna Filandri. 2019. Support for conditional unemployment benefit in European countries: The role of income inequality. *Journal of European Social Policy* 29/4: 498–514, DOI: 10.1177/0958928718815624.

Carriero, Renzo, Marianna Filandri und Francesco Molteni. 2017. Religion, welfare regimes and attitudes toward government responsibility for citizens' welfare. *Rassegna Italiana di Sociologia, Rivista trimestrale fondata da Camillo Pellizzi* 4/1: 769–802, DOI: 10.1423/88794.

Celico, Andrea und Martin Rode. 2024. Can we all be Denmark? The role of civic attitudes in welfare state reforms. *Empirica* 51/1: 87–125, DOI: 10.1007/s10663-023-09588-7.

Choi, Gwangeun. 2019. Revisiting the redistribution hypothesis with perceived inequality and redistributive preferences. *European Journal of Political Economy* 58: 220–244, DOI: 10.1016/j.ejpoleco.2018.12.004.

Choi, Gwangeun. 2021. Individuals' socioeconomic position, inequality perceptions, and redistributive preferences in OECD countries. *The Journal of Economic Inequality* 19: 239–264, DOI: 10.1007/s10888-020-09471-6.

Chung, Heejung und Bart Meuleman. 2016. European parents' attitudes towards public childcare provision: the role of current provisions, interests and ideologies. *European Societies* 19/1: 49–68, DOI: 10.1080/14616696.2016.1235218.

Daniele, Gianmarco und Benny Geys. 2015. Interpersonal trust and welfare state support. *European Journal of Political Economy* 39: 1–12, DOI: 10.1016/j.ejpoleco.2015.03.005.

Degen, Daniel, Theresa Kuhn und Wouter van der Brug. 2018. Granting immigrants access to social benefits? How self-interest influences support for welfare state restrictiveness. *Journal of European Social Policy* 29/2: 148–165, DOI: 10.1177/0958928718781293.

Delhey, Jan, Leonie C. Steckermeier und Christian Schneickert. 2024. Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit. In *Handbuch Sozialstrukturanalyse,* Hrsg. Petra Böhnke und Dirk Konietzka, 1–31, Wiesbaden: Springer VS, DOI: 10.1007/978-3-658-39759-3_55-1.

Di Gioacchino, Debora und Alina Verashchagina. 2020. Mass media and preferences for redistribution. *European Journal of Political Economy* 63: 101887, DOI: 10.1016/j.ejpoleco.2020.101887.

Donnelly, Michael J. 2021. Group Interests, Individual Attitudes: *How Group Memberships Shape Attitudes Towards the Welfare State.* Oxford: Oxford University Press, DOI: 10.1093/oso/9780192896209.001.0001.

Ebbinghaus, Bernhard, Lukas Lehner und Elias Naumann. 2022. Welfare state support during the COVID-19 pandemic: Change and continuity in public attitudes towards social policies in Germany. *European Policy Analysis* 8: 297–311, DOI: 10.1002/epa2.1152.

Ebbinghaus, Bernhard und Elias Naumann. 2017. Welfare state reforms seen from below: comparing public attitudes and organized interests in Britain and Germany. Cham: Palgrave Macmillan, DOI: 10.1007/978-3-319-63652-8.

Ebbinghaus, Bernhard und Elias Naumann. 2018. The Popularity of Pension and Unemployment Policies Revisited: The Erosion of Public Support in Britain and Germany. In *Welfare State Reforms Seen from Below: Comparing Public Attitudes and Organized Interests in Britain and Germany,* Hrsg. Bernhard Ebbinghaus und Elias Naumann, 155–186, Cham: Springer International Publishing, DOI: 10.1007/978-3-319-63652-8_7.

Eger, Maureen A. und Nate Breznau. 2017. Immigration and the welfare state: A cross-regional analysis of European welfare attitudes. *International Journal of Comparative Sociology* 58/5: 440–463, DOI: 10.1177/0020715217690796.

Eick, Gianna M. 2023. The evolution of welfare attitudes in Europe over the past four decades. In *Welfare States in a Turbulent Era,* Hrsg. Bent Greve, 71–83, Camberley: Edward Elgar Publishing, DOI: 10.4337/9781803926841.00012.

Eick, Gianna M. 2024. Welfare Euroscepticism and socioeconomic status. *Journal of European Social Policy* 34/2: 220–236, DOI: 10.1177/09589287241231893.

Elsässer, Lea. 2018. Ungleiche politische Repräsentation und sozialstaatlicher Wandel. *Zeitschrift für Sozialreform* 64/4: 525–562, DOI: 10.1515/zsr-2018-0025.

European Commission. 2020. Attitudes towards adequacy and sustainability of social protection systems in the EU. Luxembourg: Publications Office of the European Union, DOI: 10.2767/04757.

Fehr, Dietmar, Daniel Müller und Marcel Preuss. 2024. Social mobility perceptions and inequality acceptance. *Journal of Economic Behavior & Organization* 221: 366–384, DOI: 10.1016/j.jebo.2024.03.008.

Ferrari, Diogo. 2021. Education, belief structures, support for welfare policies, and vote. *Educação & Sociedade* 42: 1–17, DOI: 10.1590/ES.242109_IN.

Franke, Janna und Julia Simonson. 2018. Social Justice Beliefs Regarding Old-Age Provisions in Germany: A Latent Profile Analysis. *Social Justice Research* 31/2: 182–205, DOI: 10.1007/s11211-018-0305-x.

Fritz, Martin und Max Koch. 2019. Public Support for Sustainable Welfare Compared: Links between Attitudes towards Climate and Welfare Policies. *Sustainability* 11/15: 4146, DOI: 10.3390/su11154146.

Fuchs, Dieter und Edeltraud Roller. 2018. Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat. In *Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland,* Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung, 358–365, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

García-Castro, Juan Diego, Efraín García-Sánchez, Guillermo B. Willis, Juan Carlos Castillo und Rosa Rodríguez-Bailón. 2022. Perceived Economic Inequality Measures and Their Association With Objective Inequality and Redistributive Preferences. *Social Psychology* 53/5: 277–291, DOI: 10.1027/1864-9335/a000498.

García-Sánchez, Efraín, Danny Osborne, Guillermo B. Willis und Rosa Rodríguez-Bailón. 2020. Attitudes towards redistribution and the interplay between perceptions and beliefs about inequality. *British Journal of Social Psychology* 59/1: 111–136, DOI: 10.1111/bjso.12326.

Garritzmann, Julian L., Erik Neimanns und Marius R. Busemeyer. 2021. Public opinion towards Welfare State Reform: The role of political trust and government satisfaction. *European Journal of Political Research* 62/1: 197–220, DOI: 10.1111/1475-6765.12501.

Gáspár, Attila, Carmen Cervone, Federica Durante, Anne Maass, Caterina Suitner, Roberta Rosa Valtorta und Michela Vezzoli. 2024. Inequality perception and preferences globally and locally – correlational evidence from a large-scale cross-country survey. *The Journal of Economic Inequality* 1/24–23: 303–326, DOI: 10.1007/s10888-024-09647-4.

Geiger, Ben B. 2017. Benefit 'Myths'? The Accuracy and Inaccuracy of Public Beliefs about the Benefits System. *Social Policy & Administration* 52/5: 998–1018, DOI: 10.1111/spol.12347.

Ghenţa, Mihaela, Aniela Matei und Luise Mladen-Macovei. 2019. Perceptions Concerning Poverty and Social Protection: a Comparative Approach. *Romanian Journal for Multidimensional Education/Revista Romaneasca pentru Educatie Multidimensionala* 11/4: 30–39.

Goldschmidt, Tina. 2015. Anti-Immigrant Sentiment and Majority Support for Three Types of Welfare: The case of Germany. *European Societies* 17/5: 620–652, DOI: 10.1080/14616696.2015.1088959.

Gonthier, Frédéric. 2015. The Rise of Interventionism in the European Union and its Social Foundations: An Analysis of Economic Attitudes Between 1990 and 2008. *Revue française de sociologie* 56/1: 1–38, DOI: 10.3917/rfs.561.0007.

Gonthier, Frédéric. 2016. Parallel publics? Support for income redistribution in times of economic crisis. *European Journal of Political Research* 56/1: 92–114, DOI: 10.1111/1475-6765.12168.

Goossen, Mikael. 2020. The gender gap in welfare state attitudes in Europe: The role of unpaid labour and family policy. *Journal of European Social Policy* 30/4: 452–466, DOI: 10.1177/0958928719899337.

Gubello, Michele. 2024. Social Trust and the support for universal basic income. *European Journal of Political Economy* 81: 102495, DOI: 10.1016/j.ejpoleco.2023.102495.

Gugushvili, Dimitri und Wim van Oorschot. 2020. Popular preferences for a fully means-tested welfare provision model: social and cross-national divides in Europe. *International Journal of Sociology and Social Policy* 40/11/12: 1455–1472, DOI: 10.1108/IJSSP-03-2020-0108.

Guo, Jie, Yitong Hao und Wenhao Ling. 2024. The effects of social class on social welfare attitudes A mediating role of fairness perceptions – Evidence from two welfare states and China. *International Review of Economics & Finance* 89/1: 1529–1538, DOI: 10.1016/j.iref.2023.09.009.

Guo, Yinan und Ting Gong. 2024. The impact of tax burden on welfare attitudes: Micro evidence from welfare states. *PLOS ONE* 19/11: 1–32, DOI: 10.1371/journal.pone.0311047.

Haddon, Edward und Cary Wu. 2022. How Does Actual Inequality Shape People's Perceptions of Inequality? A Class Perspective. *Sociological Perspectives* 65/5: 825–847, DOI: 10.1177/07311214211062106.

Hadler, Markus, Anja Eder und Christian Mayer. 2019. An Overview of Attitudes and Opinions On the Role of Government. A Cross-national Comparison Covering the Period of 1985 to 2016. *International Journal of Sociology* 49/3: 171–181, DOI: 10.1080/00207659.2019.1605027.

Haenraets, Rosan und Femke Roosma. 2024. Welfare chauvinism in times of crises: The impact of the radical right political discourse. *Journal of European Social Policy* 34/2: 159–174, DOI: 10.1177/09589287231224601.

Hajdu, Gábor. 2024. Perceived income inequality, perceived unfairness and subjective social status in Europe. *Socio-Economic Review* 23/2: 955–977, DOI: 10.1093/ser/mwae055.

Han, Seobin und Hyeok Yong Kwon. 2019. Employment insecurity and social policy: preferences for investment vis-à-vis consumption. *Policy and Society* 39/2: 247–265, DOI: 10.1080/14494035.2019.1699005.

Häkkilä, Laura, Michael Pfeifer und Timo Toikko. 2023. Does the immigration issue divide German Attitudes Toward Social Welfare? *German Politics and Society* 41/3: 72–98, DOI: 10.3167/gps.2023.410304.

Häusermann, Silja, Michael Pinggera, Macarena Ares und Matthias Enggist. 2022. Class and social policy in the knowledge economy. *European Journal of Political Research* 61/2: 462–484, DOI: 10.1111/1475-6765.12463.

Henning, Georg, Isabel Baumann und Oliver Huxhold. 2023. Historical and Cross-Country Differences in Life Satisfaction Across Retirement in Germany and Switzerland. From 2000 to 2019. *The Journals of Gerontology* B78/8: 1365–1374, DOI: 10.1093/geronb/gbad066.

Hillen, Sven und NilsD. Steiner. 2025. Rising inequality and public support for redistribution. *European Journal of Political Research* 64/1: 442–455, DOI: 10.1111/1475-6765.12696.

Hofstetter, Marc und José Nicolás Rosas. 2021. The Poor and the Rich: Preferences over Inflation and Unemployment. *Journal of Money, Credit & Banking* 53/4: 875–895, DOI: 10.1111/jmcb.12783.

Hüther, Michael und Judith Niehues. 2021. Inequality and Unemployment in Germany: Perception and Reality. *Journal of Contextual Economics* 141/1–2: 25–45, DOI: 10.3790/schm.141.1-2.25.

Im, Zhen Jie. 2020. Automation risk and support for welfare policies: How does the threat of unemployment affect demanding active labour market policy support? *Journal of International and Comparative Social Policy* 37/1: 76–91, DOI: 10.1017/ics.2020.22.

Isaksen, Joachim Vogt und Tor Georg Jakobsen. 2024. Welfare regimes and attitudes toward income inequality: The development in 14 European countries 1990–2020. In *Kritik und Engagement in der Sozialen Arbeit: Gesellschaftliche Transformation durch Partizipation und professionelle Praxis,* Hrsg. Gordana Berc, Arno Heimgartner, Karin Lauermann, Hannelore Reicher und Elena Stuhlpfarrer, 55–62, Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, DOI: 10.2307/jj.8692984.8.

Iwatani, Emi und Feifei Ye. 2016. Relationship between Education and Attitude towards Social Welfare among Underdogs and Topdogs in 40 Countries. *Journal of Applied Educational and Policy Research* 2/2: 56–76.

Jaime-Castillo, Antonio M. und Ildefonso Marqués-Perales. 2018. Social mobility and demand for redistribution in Europe: a comparative analysis. *The British Journal of Sociology* 70/1: 138–165, DOI: 10.1111/1468-4446.12363.

Jakobsson, Niklas, Raya Muttarak und Mi Ah Schoyen. 2018. Dividing the pie in the eco-social state: Exploring the relationship between public support for environmental and welfare policies. *Environment and Planning C: Politics and Space* 36/2: 313–339, DOI: 10.1177/2399654417711448.

Jeannet, Anne-Marie. 2024. Europe's internal migration and public support for income redistribution: The Role of Social Protection. *International Journal of Comparative Sociology* 65/3: 292–309, DOI: 10.1177/00207152231188406.

Jordan, Jason. 2017. Political awareness and support for redistribution. *European Political Science Review* 10/1: 119–137, DOI: 10.1017/s1755773917000017.

Kemmerling, Achim. 2016. The end of work or work without end? How people's beliefs about labour markets shape retirement politics. *Journal of Public Policy* 36/1: 109–138, DOI: 10.1017/S0143814X14000324.

Kerschbamer, Rudolf und Daniel Müller. 2020. Social preferences and political attitudes: An online experiment on a large heterogeneous sample. *Journal of Public Economics* 182: 104076, DOI: 10.1016/j.jpubeco.2019.104076.

Kesler, Christel. 2022. Inequality, Immigration, and Welfare Regimes: Untangling the Connections. In *Handbook on Migration and Welfare,* Hrsg. Markus M. L. Crepaz, 297–320, Cheltenham: Edward Elgar Publishing, DOI: 10.4337/9781839104572.00023.

Kitsnik, Joanna. 2020. Shaping Stances in Post-Industrial Societies: Two Decades of Change in Attitudes Towards Unequal Income Distribution. *京都社会学年報: KJS* 28/1: 149–173, http://hdl.handle.net/2433/262667.

Knell, Markus und Helmut Stix. 2020. Perceptions of inequality. *European Journal of Political Economy* 65: 101927, DOI: 10.1016/j.ejpoleco.2020.101927.

Koning, Edward Anthony. 2017. Selecting, disentitling, or investing? Exploring party and voter responses to immigrant welfare dependence in 15 West European welfare states. *Comparative European Politics* 15/4: 628–660, DOI: 10.1057/s41295-017-0097-7.

Kozák, Michal. 2020. Cultural productivism and public support for the universal basic income from a cross-national perspective. *European Societies* 23/1: 23–45, DOI: 10.1080/14616696.2020.1758741.

Kudrnáč, Aleš und Ivan Petrúšek. 2022. The polls—trends. Welfare Regimes and Support for Income Redistribution in Europe. *Public Opinion Quarterly* 86/4: 968–996, DOI: 10.1093/poq/nfac046.

Kulin, Joakim und Bart Meuleman. 2015. Human Values and Welfare State Support in Europe: An East-West Divide? *European Sociological Review* 31/4: 418–432, DOI: 10.1093/esr/jcv001.

Laenen, Tijs. 2020. *Welfare Deservingness and Welfare Policy: Popular Deservingness Opinions and their Interaction with Welfare State Policies.* Cheltenham: Edward Elgar Publishing, DOI: 10.4337/9781839101892.

Laenen, Tijs und Dimitri Gugushvili. 2022. Welfare state dissatisfaction and support for Major Welfare Reform: Towards means-tested welfare or a universal basic income? *International Journal of Social Welfare* 32/2: 178–185, DOI: 10.1111/ijsw.12546.

Langsæther, Peter Egge und Geoffrey Evans. 2020. More than self-interest: Why different classes have different attitudes to income inequality. *The British Journal of Sociology* 71/4: 594–607, DOI: 10.1111/1468-4446.12747.

Lee, Yoon Soo. 2019. Blame for unemployment and support for unemployment benefits. International *Review of Public Administration* 24/1: 1–16, DOI: 10.1080/12294659.2018.1560959.

Markgraf, Jonas und Guillermo Rosas. 2024. Borrowing to Self-Insure? Credit Access and Support for Welfare. *The Journal of Politics* 86/2: 642–655, DOI: 10.1086/726924.

Marquis, Lionel und Jan Rosset. 2021. When Explanations for Poverty Help Explain Social Policy Preferences: The Case of European Public Opinion Amidst the Economic Recession (2009–2014). *Social Justice Research* 34: 428–459, DOI: 10.1007/s11211-021-00381-0.

Marx, Paul und Elias Naumann. 2018. Do right-wing parties foster welfare chauvinistic attitudes? A longitudinal study of the 2015 'refugee crisis' in Germany. *Electoral Studies* 52: 111–116, DOI: 10.1016/j.electstud.2018.01.011.

Masłyk, Tomasz und Tomasz Piróg. 2020. Attitudes Towards the Welfare State and Associational Involvement in Europe. Comparative Analysis. *Polish Sociological Review* 212/42: 445–460, DOI: 10.26412/psr212.04.

Merz, Joachim. 2018. Are Retirees More Satisfied? Anticipation and Adaptation Effects of Retirement on Subjective Well-Being: A Panel Analysis for Germany. *SOEPpapers* 986, DOI: 10.48548/pubdata-1305.

Moosdorf, Daniel. 2020. Kritik an sozialer Ungleichheit – Macht politisches Wissen den Unterschied? In *Politisches Wissen in Deutschland. Empirische Analysen mit dem ALLBUS 2018,* Hrsg. Markus Tausendpfund und Bettina Westle, 165–197, Marburg: Springer VS, DOI: 10.1007/978-3-658-30492-8_6.

Moretti, Angelo und Adam Whitworth. 2019. European Regional Welfare Attitudes: a Sub-National Multi-Dimensional Analysis. *Applied Spatial Analysis and Policy* 13/2: 393–410, DOI: 10.1007/s12061-019-09309-3.

Moriconi, Simone, Giovanni Peri und Riccardo Turati. 2019. Immigration and voting for redistribution: Evidence from European elections. *Labour Economics* 61: 101765, DOI: 10.1016/j.labeco.2019.101765.

Müller, Daniel und Sander Renes. 2021. Fairness views and political preferences: Evidence from a large and heterogeneous sample. *Social Choice and Welfare* 56: 679–711, DOI: 10.1007/s00355-020-01289-5.

Naumann, Elias. 2017. Do increasing reform pressures change welfare state attitudes? An experimental study on population ageing, pension reform preferences, political knowledge and ideology. *Ageing and Society* 37/2: 266–294, DOI: 10.1017/S0144686X15001129.

Naumann, Elias. 2018. Tax Constraints, Social Policy Preferences, and Support for Redistribution. *Societies* 8(3): 46, DOI: 10.3390/soc8030046.

Naumann, Elias und Lukas F. Stoetzer. 2018. Immigration and support for redistribution: survey experiments in three European countries. *West European Politics* 41/1: 80–101, DOI: 10.1080/01402382.2017.1344040.

Naumann, Elias, Wouter De Tavernier, Laura Naegele und Moritz Hess. 2019. Public support for sanctioning older unemployed – a survey experiment in 21 European countries. *European Societies* 22/1: 77–100, DOI: 10.1080/14616696.2019.1660394.

Neimanns, Erik. 2021. Welfare states, media ownership and attitudes towards redistribution. *Journal of European Public Policy* 30/2: 234–253, DOI: 10.1080/13501763.2021.1986117.

Niehues, Judith. 2019. Subjektive Umverteilungspräferenzen in Deutschland: Wunsch und Wirklichkeit. *IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung* 46/1: 79–98, DOI: 10.2373/1864-810X.19-01-05.

Niehues, Judith. 2024. Verteilungs- und Sozialpolitik: Ist mehr besser? Sinkendes Gerechtigkeitsempfinden in Zeiten wachsender Sozialausgaben. In *Transformationspolitik: Anspruch und Wirklichkeit der Ampel-Koalition,* Hrsg. Knut Bergmann und Matthias Diermeier, 289–298, Bielefeld: transcript Verlag, DOI: 10.14361/9783839470787-025.

Niehues, Judith und Matthias Diermeier. 2023. Erwartungen und Enttäuschungen: Trägt der Sozialstaat noch? *Politikum* 9/2: 32–36, DOI: 10.46499/2193.

Noureddine, Raja und Timothy B. Gravelle. 2020. The Polarising Worlds of Welfare: Political Orientations, Macroeconomic Context, and Support for Redistribution. *Journal of Social Policy* 50/4: 995–1017, DOI: 10.1017/S0047279420000537.

Ochsner, Michael. 2023. Soziale Verantwortung in der Politik – globale Kompetenz des Staates? In *Handbuch Globale Kompetenz: Grundlagen – Herausforderungen – Krisen,* Hrsg. Petia Genkova, 1–22, Wiesbaden: Springer VS, DOI: 10.1007/978-3-658-30684-7_62-1.

OECD. 2021. *Does Inequality Matter? How People Perceive Economic Disparities and Social Mobility.* Paris: OECD Publishing, DOI: 10.1787/3023ed40-en.

Otto, Adeline und Dimitri Gugushvili. 2020. Eco-Social Divides in Europe: Public Attitudes towards Welfare and Climate Change Policies. *Sustainability* 12/1: 404, DOI: 10.3390/su12010404.

Papuchon, Adrien. 2020. Les opinions des jeunes adultes sur le rôle social de l'État ont-elles changé depuis la crise de 2008? (Have Young Adults' Opinions on the Social Role of the State Changed since the 2008 Economic Crisis?). *Economie et Statistique* 514-515-516: 175–198, DOI: 10.24187/ecostat.2020.514t.2013.

Paskov, Marii und David Weisstanner. 2021. Cross-class embeddedness through family ties and support for income redistribution. *European Sociological Review* 38/2: 286–303, DOI: 10.1093/esr/jcab040.

Pastor Mayo, Marco. 2025. Absolute gains, relative losses: How the poor and the rich view redistribution differently. *European Journal of Political Research* 64/1: 320–347, DOI: 10.1111/1475-6765.12701.

Piterová, Ivana und Jozef Výrost. 2019. Welfare Attitudes over time of V4-, Northern- and Western European countries in ESS Round 4 and Round 8 data. *Intersections. East European Journal of Society and Politics* 5/1, DOI: 10.17356/ieejsp.v5i1.483.

Pitlik, Hans und Ludek Kouba. 2015. Does social distrust always lead to a stronger support for government intervention? *Public Choice* 163/3: 355–377, DOI: 10.1007/s11127-015-0258-7.

Przybysz, Klaudia, Agnieszka Stanimir und Marta Wasiak. 2021. Europe 2020 Strategy—Objective Evaluation of Realization and Subjective Assessment by Seniors as Beneficiaries of Social Assumptions. In *Data Analysis and Classification: Methods and Applications (Studies in Classification, Data Analysis, and Knowledge Organization),* Hrsg. Jajuga Krzysztof, Najman Krzysztof und Walesiak Marek, Cham: Springer, DOI: 10.1007/978-3-030-75190-6_15.

Reinl, Ann-Kathrin, Daniel Seddig, James Dennison und Eldad Davidov. 2023. Basic human values and preferences for an eu-wide social benefit scheme. *Journal of Common Market Studies* 62/2: 564–582, DOI: 10.1111/jcms.13517.

Riekhoff, Aart-Jan. 2020. Pension reforms, the generational welfare contract and preferences for pro-old welfare policies in Europe. *Social Policy & Administration* 55/3: 501–518, DOI: 10.1111/spol.12678.

Roex, Karlijn L. A., Tim Huijts und Inge Sieben. 2019. Attitudes towards income inequality: 'Winners' versus 'losers' of the perceived meritocracy. *Acta Sociologica* 62/1: 47–63, DOI: 10.1177/0001699317748340.

Roller, Edeltraud. 2016. Sozialstaatsvorstellungen im Wandel? Stabilität, Anpassungsprozesse und Anspruchszunahme zwischen 1976 und 2010. In *Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland,* Hrsg. Sigrid Roßteutscher, Thorsten Faas und Ulrich Rosar, 209–249, Wiesbaden: Springer VS, DOI: 10.1007/978-3-658-11276-9_9.

Roosma, Femke und Wim van Oorschot. 2020. Between hope and fear? Regional and social dividing lines in attitudes towards an EU minimum income scheme. *International Journal of Social Welfare* 30: 170–181, DOI: 10.1111/ijsw.12453.

Roosma, Femke und Wim van Oorschot. 2021. Public opinion on basic income: Mapping European support for a radical alternative for welfare provision. *Journal of European Social Policy* 30/2: 190–205, DOI: 10.1177/0958928719882827.

Roosma, Femke, Wim van Oorschot und John Gelissen. 2015. The Achilles' heel of welfare state legitimacy: Perceptions of overuse and underuse of social benefits in Europe. *Journal of European Public Policy* 23/2: 177–196, DOI: 10.1080/13501763.2015.1031157.

Rossetti, Federica, Bart Meuleman und Sharon Baute. 2022. Explaining public support for demanding activation of the unemployed: The role of subjective risk perceptions and stereotypes about the unemployed. *Journal of European Social Policy* 32/5: 497–513, DOI: 10.1177/09589287221106980.

Roth, Christopher und Johannes Wohlfahrt. 2018. Experienced inequality and preferences for redistribution. *Journal of Public Economics* 167/1: 251–262, DOI: 10.1016/j.jpubeco.2018.09.012.

Sachweh, Patrick. 2017. Conditional Solidarity: Social Class, Experiences of the Economic Crisis, and Welfare Attitudes in Europe. *Social Indicators Research* 149: 47–76, DOI: 10.1007/s11205-017-1705-2.

Sachweh, Patrick. 2019. Crisis experiences and welfare attitudes during the Great Recession: A comparative study on the UK, Germany and Sweden. *Acta Sociologica (Sage Publications, Ltd.)* 62/2: 135–151, DOI: 10.1177/0001699318764261.

Sachweh, Patrick und Evelyn Sthamer. 2019. Why Do the Affluent Find Inequality Increasingly Unjust? Changing Inequality and Justice Perceptions in Germany. *European Sociological Review* 35/5: 651–668, DOI: 10.1093/esr/jcz024.

Sang-Rok, Lee. 2019. 복지태도 결정에 거시경제상황이 미치는 영향: 개인 특성 및 복지체제의 조절효과를 중심으로 (The effect of macroeconomic conditions on welfare attitudes in the Welfare States: The moderating effect of individual characteristics and welfare regimes).

Korean Journal of Social Welfare Studies 50/3: 261–297, DOI: 10.16999/kasws.2019.50.3.261.

Sauer, Carsten, Peter Valet und Stefan Liebig. 2016. Welche Lohnungleichheiten sind gerecht? Arbeitsmarktbezogene Ursachen von Lohnungleichheiten und die wahrgenommene (Un-)Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 68: 619–645, DOI: 10.1007/s11577-016-0385-2.

Saxonberg, Steven, Tomáš Sirovátka und Martin Guzi. 2024. Does performance matter? the influence of attitudes towards welfare state performance on voting for rightwing and leftwing populist parties. *Social Policy and Society:* 1–15, DOI: 10.1017/s1474746424000010.

Schnabel, Annette. 2017. Religion und Wohlfahrtsstaat in Europa – eine ambivalente Liaison. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 1/2: 211–327, DOI: 10.1007/s41682-017-0010-x.

Schöb, Anke. 2019. Gerechtigkeit im Meinungsbild der Stuttgarter Bevölkerung: Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage. *Stadtforschung und Statistik: Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker* 32/1: 66–74.

Schöneck, Nadine M. und Steffen Mau. 2015. Coming together or growing apart? Globalization, class and redistributive preferences. *Journal of European Social Policy* 25/5: 454–472, DOI: 10.1177/09589287156087.

Schröder, Martin. 2017. Is Income Inequality Related to Tolerance for Inequality? *Social Justice Research* 30/1: 23–47, DOI: 10.1007/s11211-016-0276-8.

Seddig, Nadine, Gerda Holz und Benjamin Landes. 2017. Die subjektive Wahrnehmung von Armut und sozialer Ausgrenzung: Stand der Forschung und Perspektiven für vertiefende Erhebungen. FGW-Studie Vorbeugende Sozialpolitik 4, Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung.

Shin, Young-Kyu, Teemu Kemppainen und Kati Kuitto. 2020. Precarious Work, Unemployment Benefit Generosity and Universal Basic Income Preferences: A Multilevel Study on 21 European Countries. *Journal of Social Policy* 50/2: 323–345, DOI: 10.1017/S0047279420000185.

Steele, Liza G. 2021. Wealth and preferences for redistribution: The effects of financial assets and home equity in 31 countries. *International Journal of Comparative Sociology* 61/5: 331–362, DOI: 10.1177/0020715220988088.

Thewissen, Stefan und David Rueda. 2017. Automation and the Welfare State: Technological Change as a Determinant of Redistribution Preferences. *Comparative Political Studies* 52/2: 171–208, DOI: 10.1177/0010414017740600.

Thurm, Stefanie, Georg Wenzelburger und Carsten Jensen. 2024. The Mass Media, Welfare State Reforms, and Electoral Punishment. *Journal of European Public Policy* 1/5: 1396–1419, DOI: 10.1080/13501763.2023.2168029.

VanHeuvelen, Tom. 2017. Unequal views of inequality: Cross-national support for redistribution 1985–2011. *Social Science Research* 64: 43–66, DOI: 10.1016/j.ssresearch.2016.10.010.

VanHeuvelen, Tom und Kathy Copas. 2018. The Intercohort Dynamics of Support for Redistribution in 54 Countries, 1985–2017. *Societies* 8/3: 69, DOI: 10.3390/soc8030069.

Van Hoorn, André. 2021. Automatability of work and preferences for redistribution. *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 84/1: 130–157, DOI: 10.1111/obes.12460.

Velev, Valentin und Alexander W. Schmidt-Catran. 2024. Economic inequality and public support for redistribution in Europe: A cross-sectional and longitudinal multilevel analysis. *International Journal of Public Opinion Research* 36/4, DOI: 10.1093/ijpor/edae055.

Visconti, Francesco. 2024. The Europeanisation of deservingness? Attitudes on immigrants' access to welfare before and after Maastricht and the refugee crisis. *European Politics & Society* 25/1: 132–151, DOI: 10.1080/23745118.2022.2113631.

Vlandas, Tim. 2019. The political economy of individual level support for the basic income in Europe. *Journal of European Social Policy* 31/1: 62–77, DOI: 10.1177/0958928720923596.

Wang, Hequn. 2025. Support for an EU-wide social policy? A country-comparative analysis of unemployment perceptions. *International Journal of Social Welfare* 34/1: e12687, DOI: 10.1111/ijsw.12687.

Weber, Elisa und Gizem Hülür. 2021. Co-development of Couples' Life Satisfaction in Transition to Retirement: A Longitudinal Dyadic Perspective. *The Journals of Gerontology:* Series B 76/8: 1542–1554, DOI: 10.1093/geronb/gbaa067.

Wehl, Nadja. 2019. The (ir)relevance of unemployment for labour market policy attitudes and welfare state attitudes. *European Journal of Political Research* 58/1: 141–162, DOI: 10.1111/1475-6765.12274.

Weisstanner, David. 2022. Covid-19 and Welfare State Support: The case of universal basic income. *Policy and Society* 41/1: 96–110, DOI: 10.1093/polsoc/puab015.

Weisstanner, David. 2023. Stagnating incomes and preferences for redistribution: The role of absolute and relative experiences. *European Journal of Political Research* 62/2: 551–570, DOI: 10.1111/1475-6765.12520.

Wittmaack, Christof. 2023. „Hartz IV" im Spiegel der Öffentlichkeit – Öffentliche Meinung als Erklärungsfaktor für die Stabilität der sozialen Sicherung von Arbeitslosen in der Ära Merkel. *Sozialer Fortschritt* 72/7-8: 653–670, DOI: 10.3790/sfo.72.7-8.653.

Über die Autor*innen

Dr. Natalie Herdegen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Tübingen. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Arbeitsmarkt und Rente.
Dr. Philipp Kugler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Anwendung von Verfahren maschinellen Lernens sowie im Bereich Bildung und Migration.
Jana Thole ist studentische Hilfskraft am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung.
Alexa Weikinger ist studentische Hilfskraft am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung.

Für die Inhalte der vorliegenden Publikation sind ausschließlich die Verfasser*innen verantwortlich.

Impressum

DIFIS – Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung
Direktorin: Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen)
Stellv. Direktor: Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen)
Standort Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Forsthausweg 2, 47057 Duisburg
Standort Bremen: SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik,
Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen
Homepage: www.difis.org
Erscheinungsort und -datum: Duisburg/Bremen, Oktober 2026
Inhaltliche Betreuung: Dirk Hofäcker, Miriam Laschinski und Achim Schmid
Betreuung der Publikationsreihe: Miruna Bacali
ISSN: 2748-7199